

Wilhelm Staudacher (Hrsg.)

In einer dynamisierten Welt

Grundlagen und Optionen für eine zukunftsfähige Politik

Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wilhelm Staudacher (Hrsg.)

In einer dynamisierten Welt

Grundlagen und Optionen für eine zukunftsfähige Politik
Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mit einem Grußwort von

Roman Herzog

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, die im Rahmen der Klausurtagung des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung im November 2004 auf der Götzenburg in Jagsthausen gehalten worden sind.

Redaktion: Dr. Michael Borchard, Tobias Wangermann

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Umschlag nach einem Entwurf der Druckerei Paffenholz, Bornheim, unter Verwendung eines Fotos der Götzenburg von Karl Schuwerk, Weil der Stadt.

© 2005, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 3-937731-48-2

Inhalt

Grußwort	7
<i>Roman Herzog</i>	
Einleitung	9
<i>Michael Borchard</i>	
Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik – Internationale Herausforderungen in einer beschleunigten Welt	15
<i>Beitrag von Klaus D. Naumann</i>	17
<i>Beitrag von Gunther Hellmann</i>	25
Die Bildungspolitik als elementarer Hebel der Marktwirtschaft – Dynamik für eine wettbewerbsfähige Wissensgesellschaft	33
<i>Beitrag von Klaus-Peter Müller</i>	35
<i>Beitrag Wolfgang A. Herrmann</i>	43
Ein fester Grund im reißenden Strom – Kultur, Geschichtsbewußtsein und Religion in Zeiten neuer Unübersichtlichkeit 43-57	53
<i>Beitrag von Eberhard Schockenhoff</i>	55
<i>Beitrag Ulrich von Hehl</i>	61
Dem reißenden Strom entkommen – Neue Beurteilungsgrundlagen und Steuerungspotentiale in einer dynamisierten Welt	69
<i>Rupert Scholz</i>	71
Die Autoren	81
Das Kuratorium	83

Grußwort

Roman Herzog

Die Welt von heute verändert sich nicht nur fundamentaler, sondern auch schneller als jemals zuvor. Das Wissen der Menschheit, die technischen Möglichkeiten, ebenso aber auch die Probleme und Problemlösungen, entstehen schneller, aber sie veralten auch schneller als zuvor. Das erschwert eine rationale Politik – sei es der Staaten, der Gesellschaften, aber auch der Wirtschaftsordnungen, und es verursacht eine tiefe Verunsicherung bei den Menschen.

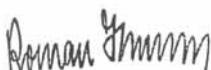
Brennende Fragen stellen sich: Was kann in diesem „reißenden Strom“ der Fels in der Brandung sein? Wie werden unsere Wertvorstellungen dieser Dynamik standhalten und welche unserer Steuerungsinstrumente werden noch wirksam greifen? Wie können wir – beispielsweise in der Bio- und

Grußwort

Gentechnologie – grundsätzliche ethische Entscheidungen treffen, wenn wir keine Gewissheit über unsere Wertvorstellungen haben? Wie können wir in einer entgrenzten, globalisierten Welt wirklich Orientierung bieten? Was können Bildung, Kultur, Geschichtsbewusstsein und Religion in einer säkularen Welt bewirken – Kultur und Geschichte als das Fundament, auf dem wir bauen, Bildung und Wertorientierungen als Richtungswegweiser? Nicht zuletzt ist auch die Frage bedeutend, wie Deutschland und wie die Europäische Union in diesen Zusammenhängen agieren müssen, um zukunftsfähig und handlungsfähig bleiben zu können?

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich auf seiner Klausurtagung in Jagsthausen im November 2004 dieser Fragen angenommen. Die als Grundsätze und Optionen für eine zukunftsfähige Politik maßgeblich von den Mitgliedern des Kuratoriums formulierten Thesen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zu Wirtschaft und Bildung sowie Geschichtsbewusstsein, Religion und Kultur zeigen die Herausforderungen einer dynamisierten Welt auf und beschreiben Lösungsansätze.

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung will damit Impulse in einer Debatte setzen, bei der es um nichts weniger als um unsere Zukunft geht. Wir wünschen uns, dass diese Publikation auf Ihr Interesse stoßen wird. ■



Prof. Dr. Roman Herzog
Vorsitzender des Kuratoriums

Einleitung

Michael Borchard

Unsere Welt ist in den letzten beiden Jahrhunderten mehr in Bewegung geraten als jemals zuvor. Unser Wissen, unsere Problemlösungsansätze haben eine immer geringere Halbwertzeit. Schlagworte wie Technisierung und Globalisierung geben nicht einmal eine ungefähre Vorstellung von der Tragweite der Herausforderungen wieder, vor denen wir gerade in unserer Zeit durch eine dynamisierte Welt stehen. Die tief greifenden Veränderungen, die wir zu bewältigen haben, sind in ihren politischen, gesellschaftlichen und geistigen Konsequenzen noch gar nicht vollständig absehbar.

Diese Erkenntnis ist bei aller brennenden Aktualität nicht ganz neu. Neu ist allerdings der Versuch, deutlich und umfassend nach den Folgen zu fragen,

die die geschilderten Entwicklungen für die Politik und für vor allem auch für die politisch Handelnden haben. Die Dynamisierung aller Lebensabläufe, die fundamentalen Veränderungen erschweren rationale Politik – sei es der Staaten, der Gesellschaften oder auch der Wirtschaftsordnungen. Stabilisierende und Sicherheit vermittelnde Strukturen wie Milieus, kirchliche Bindungen, tradierte Ausbildungs- und Berufswege etc. brechen weg. Die tiefe Verunsicherung der Menschen geht einher mit sinkendem Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politik und Politikern. „Die Menschen haben das Gefühl, in einem breiten, ziemlich reißenden Strom mit zu schwimmen, aber sie kennen das Ziel des Stromes nicht“, wie es Roman Herzog formuliert hat. Wie kann es in dieser Situation gelingen, Orientierung zu bieten, Steuerungsmechanismen aufzuzeigen, die in einer dynamisierten Welt möglich sind und Lösungsansätze herauszuarbeiten, die die internationale Ordnung stabilisieren?

Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis einer intensiven Diskussion zu diesem Fragenkomplex, die im Rahmen einer Klausurtagung des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung im November 2004 auf der Götzenburg in Jagsthausen stattgefunden hat. Grundlage für die Diskussion war ein Papier des Kuratoriumsvorsitzenden Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog mit dem Titel „Schöne neue Welt“.

Während der britische Romanautor Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman aus dem Jahr 1932 warnend das Bild einer technisierten und technikgeprägten totalitären Gesellschaft zeichnet, die Elend Hunger und Krankheit besiegt und sich diesen Sieg aber mit dem Verzicht auf Freiheit, Humanität und individuelle Würde teuer erkauft, weisen die Kernaussagen Roman Herzogs in eine andere Richtung: Er sieht in der offenen Gesell-

schaft und in dem Ordnungsmodell einer Sozialen Marktwirtschaft die besten Werkzeuge, um mit den Herausforderungen einer dynamisierten Welt fertig zu werden. Sie haben die höchsten Problemlösungskapazitäten, weil in ihnen theoretisch jedermann zur Bewältigung der Aufgaben beitragen kann. Sie erschließen nicht nur mehr Wissen, sondern machen die Gesellschaft auch lernfähiger und flexibler als zentral gesteuerte Bürokratien, was schnelle und effektive Reaktionen auf neue Entwicklungen ermöglicht.

Die Voraussetzung dafür ist, dass die offene Gesellschaft und die Soziale Marktwirtschaft wieder so gestaltet und auf ihre Kernelemente konzentriert werden, dass sie erneut zu Erfolgsmodellen werden können. Ein Erfolgsmodell mit Exportchancen: „Wir leben“, so Roman Herzog, „trotz aller Unvollkommenheiten auch unseres Systems in einer Sozialen Marktwirtschaft und wollen auch, dass das so bleibt. Die Weltwirtschaft aber, in der wir die ökonomischen Voraussetzungen erarbeiten müssen, gleicht eher dem Urbild einer freien ethisch nicht domestizierten Marktwirtschaft, also dem, was man vor kurzer Zeit als „Manchester-Liberalismus“ bezeichnet hat.“ Dieser Zustand sei, so Herzog, wahrscheinlich die größte Herausforderung, die die Globalisierung für unsere Wirtschaft, ja für unsere Gesellschaft insgesamt bereit hält.

Eine Herausforderung, die der Außenpolitik neue Bedeutung verleiht. „Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik“, formuliert Roman Herzog pointiert. General a.D. Klaus D. Naumann und Professor Gunther Hellmann beschreiben in ihren Impulsreferaten die entscheidenden Konfliktfelder, die neuen Bedrohungen und stellen die Frage, wie eine internationale Ordnung in einer zunehmend regionalisierten Welt vor dem Hintergrund einer dynamisierten Welt beschaffen sein muss.

„Wenn Europa in der Welt nichts mehr bedeutet und sich in der Welt nicht mehr behaupten kann, wird es überhaupt keine Zukunft haben“, schreibt Roman Herzog. Ein Satz, der nicht nur auf die Außenpolitik des Kontinents, sondern auch auf seine wirtschaftspolitische Wettbewerbsfähigkeit zielt. Es geht darum, wie wir die dringend benötigte Dynamik für eine Wissensgesellschaft von morgen und damit unsere wirtschaftlichen Lebensgrundlagen sichern können. Die Kuratoriumsmitglieder Klaus-Peter Müller, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG, und Herr Professor Wolfgang A. Herrmann, Präsident der Technischen Universität München, widmen sich in ihren Beiträgen dem engen Zusammenhang von Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik in einer dynamisierten Welt. Eine Wissensgesellschaft, die nur den technischen Fortschritt im Blick hat, wird die Dynamisierung der Gesellschaft und damit die Verunsicherung der Menschen nur verschärfen, nicht aber bewältigen helfen. Die Frage, ob und wie Kultur, Geschichte und Religion Orientierung bieten können, nehmen der Freiburger Theologe Professor Volker Schockenhoff und der Leipziger Historiker Professor Ulrich von Hehl in den Blick.

In einem abschließenden Kapitel geht Bundesminister a.D. Professor Rupert Scholz der Frage nach, auf welche Beurteilungsgrundlagen, auf welche Steuerungspotentiale und Strukturen wir angesichts einer beschleunigten Welt bauen müssen.

„Der Glaube an eine größere und bessere Zukunft ist einer der mächtigsten Feinde gegenwärtiger Freiheit“, so hat der erwähnte Aldous Huxley angesichts der totalitären Anfechtungen des 20. Jahrhunderts pessimistisch formuliert. Zuversicht allein reicht in der Tat nicht, um Demokratie und Freiheit überall auf der Welt zu verwirklichen. Es gilt in Verantwortung für die

Freiheit mit Realismus und vor allem mit Engagement die Herausforderungen zu bewältigen, die eine dynamisierte Welt mit sich bringt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird auch weiterhin an dieser Aufgabe mit ihrer internationalen Arbeit, ihrer politischen Beratungsarbeit, ihrer Begabtenförderung und ihrer politischen Bildung intensiv mitwirken. Für diese Arbeit soll die vorliegende Studie Impulse geben. Den Mitgliedern des Kuratoriums, die mit ihren Impulsreferaten, aber auch mit ihrer Beteiligung an der Diskussion dazu einen wichtigen Beitrag geleistet haben, sei im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Herausgebers für ihr Engagement herzlich gedankt. ■

Dr. Michael Borchard ist Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik

Internationale Herausforderungen
in einer beschleunigten Welt

Beiträge von

Klaus D. Naumann und Gunter Hellmann

„Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik“, formuliert Roman Herzog. Nationalstaaten sind in einer globalisierten Welt nicht mehr dazu in der Lage, Probleme alleine und ohne enge Kooperation zu lösen: Wie können in einer sich fundamental verändernden Welt, in der die Machtverteilung

ebenso wie die Bedrohungsszenarien und die Konfliktursachen nicht mehr den hergebrachten Mustern entsprechen, politische Ordnungen beschaffen sein? Was sind stabilisierende Faktoren in einer multipolaren und regionalisierten Welt? Was kann der interkulturelle und interreligiöse Dialog zur Friedenssicherung beitragen? Wie können die alten Ordnungsinstrumente wie die Europäische Union, die Vereinten Nationen und die NATO wieder gestärkt werden? Was bedeutet dies für die deutsche Außenpolitik? Wie kann aus dem Schiff, das sich daran gewöhnt hat, im Geleitzug mitzufahren, eine aktive, verantwortungsvoll steuernde Kraft werden?

Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik.

Internationale Herausforderungen in einer beschleunigten Welt

Beitrag von Klaus D. Naumann

Es ist stets ein Wagnis politische Prognosen abzugeben. Dennoch zeichnen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit Entwicklungen ab, die bei der Entwicklung außenpolitischer Strategien ins Auge zu fassen sind. Globale Ordnungsfaktoren, demographische Tendenzen, wirtschaftliche Entwicklungsdifferenzen, politische wie auch ideologische Wertverschiebungen enthalten Konfliktpotentiale von erheblichem Ausmaß. Sicher ist dabei schon heute, eine nahezu ausschließliche Konzentration auf Innenpolitik ist nicht möglich: Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik.

Das bipolare System, welches bis 1989 die Welt in zwei gegenüberstehende Lager teilte, ist zerbrochen. Da an seine Stelle kein adäquater Ersatz getreten ist, ging die damit verbundene Stabilität ebenfalls verloren. Wir sind nun mit einer Situation des Übergangs konfrontiert, in der für vorhersehbare Zeit eine unipolare Konstellation herrscht, in welcher die Vereinigten Staaten von Amerika die einzige Weltmacht, der einzige globale Akteur sein werden. Aber mit dem Zerbrechen sind zwei gescheiterte Träume als Hypothek auf uns gekommen: Amerikas Traum von der Unverwundbarkeit ist verloren gegangen und Europas Traum vom ewigen Frieden, der 1989 kurz aufflammte, ist ebenfalls verloren. Europa hat sein Gewicht, das es im Kalten Krieg hatte, das ihm die Stellung des gleichberechtigten Partners gab, eingebüßt. Europa hat allerdings vergessen, dass es weniger seine Fähigkeiten waren, die ihm Gewicht gaben, sondern die Tatsache, dass es sein Territorium war, das ihm Gleichberechtigung verschaffte, weil es die Vor-

wärtsverteidigung Amerikas erlaubte. Es wird sich eine Verlagerung des Schwerpunkts der Weltpolitik nach Asien abzeichnen, in der das Dreieck USA - China - Indien bestimmend sein könnte.

In dieser sich verändernden Welt entstehen neue Gefahren vor allem durch nichtstaatliche Akteure: Terroristen, die verbunden mit einer international organisierten Kriminalität sich des Mittels der Proliferation bedienen werden, um sich alle modernen Techniken zuzulegen. Das Gewaltmonopol des Staates dürfte brechen, nichtstaatliche Akteure werden militärische Mittel einsetzen.

Die Konfliktursachen in unserer Welt nehmen zu. Wir werden das Phänomen von zerfallenden Staaten ebenso wie die Bildung neuer Nationalstaaten sehen. Nirgendwo sind diese Gefahren stärker konzentriert als in dem Raum, den man den erweiterten Nahen Osten nennt. Dort treffen alle politischen Gefahren geographisch in einem begrenzten Territorium beispielhaft zusammen. Wir sind mit der Armutslücke konfrontiert, die 90 Prozent des Reichtums dieser Welt im Besitz von zehn Prozent der Menschheit konzentriert. Die technologische Revolution wird diese Armutslücke nicht mindern, sondern sie sogar vergrößern. Mit der modernen, weltweit vernetzten Kommunikation eröffnet sich in diesem Zusammenhang eine weitere Konfliktursache. Diese Kommunikation, für sie steht beispielhaft das Internet, gefährdet die Herrschaftsansprüche von denjenigen, die sich durch Ideologie und Manipulation ihre Gefolgschaft sichern. Insofern ist darin auch ein Hauptgrund für den Terrorismus zu sehen. Es ist unsere Lebensform, die Herrschaft des Rechts und die grenzenlos freie Information, die diese Herrschaftsansprüche bedroht. Terrorismus wird deshalb zunehmen. Er wird zu einer weiteren Entrechtlichung bewaffneter Konflikte und zu einer Zunahme schrankenloser Gewalt führen.

Eine weitere Konfliktursache ist die demographische Entwicklung auf unserem Globus. Als ihre erste Konsequenz werden wir die Verknappung le-

benswichtiger Ressourcen sehen. An erster Stelle steht dabei weit weniger Öl als vielmehr Wasser und die Möglichkeit, Menschen zu ernähren und zu behausen. Im Verbund mit unfähigen Regierungen in den Staaten, in denen die Jugend überhand nimmt, kann sich ein Konfliktpotential aufbauen, weil diese jungen Menschen in einer vernetzten Welt keine Zukunft sehen. Mit Blick auf die demographischen Trends ist in Russland die möglicherweise besorgniserregendste Entwicklung vorauszusehen. Russland dürfte in weniger als dreißig Jahren von nur noch 100 Millionen Menschen bewohnt werden. Als Ursachen werden zusätzlich zu Geburtenraten, die den unseren ähneln, die entsetzliche Ausbreitung von Krankheiten wie Aids und Tuberkulose sowie eine unglaubliche Selbstmordrate, die nirgends größer als in Russland ist, angegeben. Diese Faktoren allein können zur Unregierbarkeit dieses Riesenlandes führen, nimmt man dann noch die illegale Immigration von Chinesen im Osten Russlands hinzu, dann hat man Indizien eines künftigen Konfliktes.

In der Europäischen Union muss man die Überalterung und ihre Auswirkung auf die Politik in aller Deutlichkeit sehen. Die Europäische Union hat heute einen Altersdurchschnitt von 37 Jahre und mehr Einwohner als die USA, deren Bevölkerung ebenfalls durchschnittlich 37 Jahre alt ist. Im Jahre 2050 wird sich dies umgekehrt haben, die USA werden also mehr Einwohner als die Europäische Union aufweisen. Es bleibt dabei eine offene Frage, ob diese Mehrheit dann noch überwiegend Englisch spricht. Sicher ist jedoch, dass die Bevölkerung der USA nach wie vor durchschnittlich 37 Jahre alt sein wird, während bei uns das Durchschnittsalter 50 Jahre betragen wird. Deutlicher kann sich die Dramatik der Situation nicht zeigen.

Außerdem sind dramatisch divergierende wirtschaftliche Entwicklungen zwischen Europa, Asien und den USA festzustellen. Weil die technologische Lücke zwischen Europa und den USA wohl kaum geschlossen werden kann, nimmt letztlich unsere Abhängigkeit zu. Eine mögliche Folge könnte

in Europa ein erstarkender Nationalismus sein, der weniger auf Integration denn auf Desintegration ausgerichtet ist. Die Zukunft der Europäischen Union ist deshalb keineswegs so gesichert rosig wie man hierzulande gerne glaubt.

Die Wahrscheinlichkeit eines weltweit wachsenden Nationalismus ist eben-sowenig auszuschließen, in Asien ist dies in besorgniserregender Weise zu beobachten. Es gibt Prognosen, die sagen, dass die gegenwärtige Anzahl der Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen sind, von momentan fast 200 bis zum Jahr 2020 auf 400 Staaten wachsen könnte. Die schon heute begrenzte Handhabbarkeit internationaler Organisationen wäre dann ungleich schwerer.

Im Zusammenhang der Irak-Krise wurde zudem offensichtlich, dass alle internationalen Ordnungsfaktoren, die wir haben, beschädigt worden sind. Die Vereinten Nationen sind entwertet worden und sie beginnen sich weiter selbst zu entwerten. Einmal, weil sie sich unfähig zeigen, auf die Herausforderungen unserer Zeit zu antworten, und zweitens, weil zwei der permanenten Mitglieder immer wieder *aus Angst vor Präzedenzfällen ein Eingreifen der VN verhindern*. Am Beispiel des Sudan, wo zweifellos Völkermord festzustellen ist, wird dieses Phänomen augenscheinlich. Weil sie Furcht haben, es könnte auch auf ihre Krisengebiete als Präzedenzfall angewandt werden, blockieren sowohl China als auch Russland jegliche Entscheidungen. Die Vereinten Nationen werden deswegen, trotz aller Reformbemühungen, vermutlich eher in der Stagnation verbleiben, als dringende Reformen anzugehen. Die Vereinten Nationen haben auch deswegen Schwierigkeiten, weil ihr Grundprinzip der Nationalstaat und ein Verständnis von nationaler Souveränität ist, welches es einem Herrscher oder einer Regierung erlaubt, mit dem Staatsvolk zu machen, was er oder sie will. Mehr noch, Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen verbietet das Intervenieren. Solange dieses Verständnis von Souveränität Bestand hat, wird

das überwölbende Prinzip „Schutz der Menschenrechte“ nicht verwirklichungsfähig sein. Es sei denn, man würde sich zu einem neuen Verständnis von Souveränität hinreißen lassen, in der Souveränität als Verantwortung, als Verpflichtung zum Schutz begriffen wird. Das würde dann allerdings bedeuten, dass der Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen neu geschrieben werden müsste, weil es folglich bestimmte Verpflichtungen zum Handeln gäbe. In absehbarer Zeit ist dies jedoch nicht wahrscheinlich.

Das zweite Ordnungsinstrument, die NATO, ist ebenfalls schwer beschädigt, weil die Amerikaner die NATO als eine Werkzeugkiste begreifen und daraus immer wieder „Coalitions of the willing“ *bilden* wollen. Solange dieses Denken anhält, wird die NATO keine Chance haben, wieder zu neuer Kraft zu finden. Dazu kommt, dass eben die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten als Führungsmacht des Westens durch die Ereignisse der letzten zwei Jahre weltweit beschädigt wurde. Diese Glaubwürdigkeit kann wieder hergestellt werden, aber der Mangel der NATO, dass sie nur ein militärisches Bündnis ist, bleibt. Ihr Instrumentarium ist unzureichend, um den Herausforderungen der Zeit zu begegnen. Man kann keinen der Konflikte, die uns bevorstehen werden, allein mit militärischen Mitteln lösen. Und deswegen muss man darüber nachdenken, wie man die NATO modernisieren kann. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die NATO die einzige institutionelle Bindung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika darstellt. Sie aufzugeben, würde Europa globaler Handlungsmöglichkeiten in einer Zeit berauben, in der Europa globale Handlungsfähigkeit dringend braucht.

Auch die Europäische Union, das dritte Ordnungsinstrument, das zu nennen wäre, ist beschädigt. Schwer sogar, da die deutsch-französische Führungsrolle nicht mehr feststellbar ist. Aber auch, weil sich die Europäische Union mit den Themen „Verfassung“ und „türkische Mitgliedschaft“ selbst zwei Mühlsteine um den Hals gehangen hat. Es ist nicht zu erwarten, dass

die Europäische Union auf absehbare Zeit zu geschlossenem politischen Handeln fähig ist. Schon gar nicht, solange – und das wird die EU spalten – Frankreich auf seinem kontraproduktiven Versuch beharrt, Europa als Gegenpol zu den USA zu definieren. Wer diese Position unterstützt, spaltet Europa und zerstört es letztlich.

Zusammenfassend lässt sich die gegenwärtige Situation folgendermaßen einschätzen: Wir leben in einer höchst instabilen und damit gefährlichen Welt. Wir verfügen, in einer Zeit, in der wir Ordnungsinstrumente nötiger bräuchten denn je, über keine einzige funktionierende Ordnungsorganisation und wir haben die Krisen vor der Haustür: Schon im nächsten Jahr ist ein bewaffneter Konflikt im Kosovo zu befürchten; der Irak sowie der Iran bleiben auf der politischen Agenda; die Gefahr des zerfallenden Pakistans und damit eines „failling states“ mit nuklearen Waffen droht; darüber hinaus sind wir konfrontiert mit dem Risiko, dass Saudi-Arabien in die Hand von wahhabitischen Fundamentalisten fällt und damit der Nahe Osten wirklich zum Brennpunkt wird.

Was sollte man tun? Bei einem „top down approach“ hätte eine UN-Reform Priorität. Eine Reform, welche die Vereinten Nationen zu einem neuen globalen Ordnungssystem führt. Es ist – wie schon ausgeführt – nicht zu erwarten, dass dies in absehbarer Zeit machbar ist. Es ist auch deswegen daran zu zweifeln, weil die Vereinten Nationen auch zukünftig der Brennpunkt der drei Welten unserer Zeit sein werden, – der postmodernen, der modernen und der vormodernen – und damit gibt es in den VN Gruppierungen, die jeden Konsens verhindern. Jene Entwicklungsstaaten beispielsweise, die alle Modernität verhindern, weil es ihnen nur darum geht, ihre Souveränität zu wahren. Dass für sie Souveränität das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes um Unabhängigkeit darstellt und sie eben daher diese Souveränität einfach nicht aufgeben wollen, ist verständlich, belastet aber die Vereinten Nationen in ihrer Handlungsfähigkeit.

Die Alternative wäre ein „bottom-up approach“, für den ich mich aussprechen würde. Er müsste in Europa beginnen. Deutschland müsste, so glaube ich, die deutsch-britische Achse stärken, um auf diese Weise Frankreichs Dominanzstreben zu neutralisieren und somit zu einem Dreieck zu gelangen – Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Viel Zeit bleibt dafür nicht mehr, da Deutschlands internationaler Einfluss schwindet. Je mehr unsere Wirtschaftskraft abnimmt – und sie wird abnehmen, nicht zunehmen –, desto geringer wird unser Einfluss sein.

Dieses Führungstrio könnte versuchen, die Europäische Union Stück für Stück auszuweiten. Gleichzeitig könnte, ja müsste es aus einem, in meinen Augen, ganz einfachen Grund versuchen, das transatlantische Bündnis auf breiterer Grundlage neu zu definieren: Wir Europäer brauchen angesichts der Konfliktpotentiale in dieser Welt globale Aktionsmöglichkeiten.

Wir haben keine Fähigkeit, sie aus eigener Kraft in absehbarer Zeit zu gewinnen. Also müssen wir uns die amerikanischen Fähigkeiten zunutze machen, damit wir handlungsfähig bleiben, um unsere Menschen schützen zu können. Der Preis, den wir dafür zahlen müssen, ist, dass wir nach gemeinsamer Entscheidung mit den Amerikanern, dort handeln müssen, wo unsere gemeinsamen Interessen berührt sind.

Ich glaube nicht, dass unsere Gesellschaft das bereits erkannt hat und dass wir dafür im Moment einen Konsens haben. Der Aufgabe ihn zu bilden müssen wir uns stellen, ohne ihn ist es sinnlos Mitglied im VN-Sicherheitsrat werden zu wollen.

Zusätzlich muss ein erneuertes transatlantisches Bündnis geschaffen werden, das weiter gefasst sein muss, als nur militärische Instrumente zur Verfügung zu haben. Man könnte zusätzlich auch regionale Organisationen wie zum Beispiel die Afrikanische Union oder auch ASEAN, wenn auch

ASEAN ein höchst fragwürdiges Gebilde ist, da es in Asien kein Verständnis von Bündnissen in unserem Sinn gibt, fördern und vertiefen.

Schließlich, um einen Steuerungsmechanismus zu haben, könnte ich mir schon vorstellen, dass man das in der Politik geisternde Wort vom Quartett neu belebt und ein Quartett vorschlägt, das aus den Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union, der Volksrepublik China und Russland besteht, um auf diese Weise international steuernd helfen zu können.

Sollten wir unser Augenmerk nicht auf diese Aufgaben lenken, dann werden wir auf die Krisen immer nur reagieren können. Das aber reicht nicht aus, denn damit kann man Konflikte allenfalls eindämmen, nicht aber verhindern. So unbequem es ist, es kann sehr wohl sein, dass die unruhige Welt, in der wir leben und leben werden, präventives Handeln verlangt und sogar möglicherweise ein politisches Dogma in Frage stellen könnte: Nämlich das Dogma, dass Waffen der letzte und äußerste Schritt der Politik sind. Es könnte sein, dass wir in eine Zeit hineingehen, wo der Gebrauch der Waffen vielleicht sogar der erste Schritt sein muss. Hier treffen sich nun Außen- und Innenpolitik. Die Gesellschaft muss begreifen in welcher Welt wir leben, damit die Außenpolitik sich auf den breiten Konsens stützen kann, den sie braucht, damit Deutschland handlungs- und bündnisfähig bleibt. ■

Die Zukunft der Politik heißt Außenpolitik.

Internationale Herausforderungen in einer beschleunigten Welt

Beitrag von Gunther Hellmann

Die Vorgabe im Titel – die Formulierung, dass die Zukunft der Politik „Außenpolitik“ heißt – impliziert zweierlei: zum einen, dass es einen gemeinsamen Nenner des Politischen gibt, zum anderen, dass zwischen „Innenpolitik“ und „Außenpolitik“ ein Unterschied besteht. Für die Zwecke unserer Diskussion scheint es mir hilfreicher zu sein, die Gemeinsamkeiten sämtlichen politischen Handelns in den Mittelpunkt zu rücken als die Unterschiede zwischen Innen- und Außenpolitik. Deshalb vorweg einige grundsätzlichere Bemerkungen zum Politik-Begriff, die die nachfolgenden Anmerkungen strukturieren sollen.

Im innerstaatlichen wie auch im internationalen Kontext lässt sich Politik (in Anlehnung an Niklas Luhmann) als die *Ermöglichung und Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen* fassen. So verstanden sieht sich politisches Handeln heute in beiden Handlungsfeldern mit weitreichenden und neuartigen Herausforderungen konfrontiert. Bereits die *Ermöglichung* politischen Handelns gestaltet sich in der Gegenwart anders als früher. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der Kreis genuin politischer Akteure heute viel breiter zu ziehen ist als vor fünfzig oder drei hundert Jahren. „Nicht-Regierungsorganisationen“ (NROs) sind nur die prominentesten, aber gewiss nicht die einzigen Akteure bzw. Akteursgruppen, die zumindest insofern als politisch Handelnde anzusehen sind, als ihre Zustimmung notwendig ist, um kollektiven Entscheidungen die für ihre Wirksamkeit erforderliche Bindungswirkung zu verleihen. Zum anderen haben sich die

Möglichkeiten politischen Handelns kompliziert, weil die Vielzahl politischer Akteure mit einer Vielzahl von staatenübergreifenden Makroprozessen – Professor Herzog nennt hier in seinem Papier zurecht u.a. Technisierung, Akzeleration, Globalisierung, individuelle/kollektive geistige Entwurzelung – konfrontiert sind. Eine erkennbare Folge dieser erschweren *Möglichkeit* politischen Handelns besteht darin, dass auch die *Herstellung* kollektiv bindender Entscheidungen dem zunehmenden Problemdruck immer mehr hinterherhinkt.

In der internationalen Politik wird diese Kluft zwischen Problemdruck einerseits und Problemlösung andererseits noch dadurch verstärkt, dass die im innerstaatlichen Feld verfügbaren Mittel der Politik, die – um mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler David Easton zu sprechen – in der „*autoritativen Zuweisung* von Werten“ bestehen, nicht greifen. Noch immer lässt sich die „*Anarchie*“ des internationalen Systems im Kern nur durch zwei Instrumente zähmen: die Diplomatie und den Krieg. Und noch immer kommen beide Instrumente in unterschiedlichen Mischungen zum Einsatz, um (eine) „*Ordnung*“ zu schaffen. Jede internationale Ordnung ist in diesem Sinne eine *politische Antwort* auf ein Problem (bzw. ein Bündel von Problemen).

Eine Schwierigkeit der Gegenwart ist, dass es höchst unterschiedliche Vorstellungen gibt, wie das aktuelle Problembündel zu beschreiben ist, dem sich politisches Handeln widmen muss. Entsprechend wenig sollte es verwundern, dass auch über die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen im internationalen Rahmen wenig Einigkeit besteht. Wie könnte aus einem (west-) europäischen / deutschen Blickwinkel *eine* angemessene Problembeschreibung aussehen – und welche Problemlösungen wären vor diesem Hintergrund möglich, wahrscheinlich bzw. notwendig?

Wenn Außenpolitik auf die Ermöglichung und Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen in den internationalen Beziehungen abzielt und

wenn zutrifft, dass politisches Handeln auch in der internationalen Politik schwieriger geworden ist (oder vielleicht sogar: die Schwierigkeiten sich hier im Vergleich zur Innenpolitik noch potenzieren), dann könnte die Zukunft *internationaler Ordnung* immer mehr davon abhängen, dass politische Akteure „Außen“-Politik in dem Sinne transzendieren, dass sie die für das westfälische Staatensystem konstitutive Unterscheidung zwischen „innen“ und „außen“ abschwächen. Nun ist die Forderung, Außenpolitik stärker als „Weltinnenpolitik“ zu begreifen, nicht unbedingt neu. Sie gewinnt vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen allerdings eine neue Bedeutung, denn im Lichte der neuen Gefahren und Bedrohungen erscheint eine „weltinnenpolitische“ Praxis auf absehbare Zeit zugleich *unwahrscheinlicher und notwendiger*: Sie erscheint noch weniger wahrscheinlich als vor zwölf oder dreißig Jahren, weil die Abgrenzungsbedürfnisse nationalstaatlicher Kollektive vor dem Hintergrund neuer existenzieller Bedrohungen bzw. Verunsicherungen deutlich angewachsen sind. Sie erscheint zugleich noch notwendiger weil nur auf diesem Wege die erforderlichen Lösungen erreichbar scheinen.

Regionalisierung (bzw. die Bildung von „Blöcken“ oder „Weltregionen“ im Sinne größerer Einheiten der Zusammenarbeit jenseits des Nationalstaates) sind eine denkbare Antwort. Sie werden aber nur eine zusätzliche Ebene des Regierens jenseits des Nationalstaates wie auch anderer politischer Entscheidungsebenen etablieren. Als dominante neue Strukturierungseinheit der internationalen Politik – wie dies etwa im Hinblick auf die Dominanz des modernen Nationalstaats im westfälischen Staatensystem galt – scheinen Weltregionen zumindest auf absehbare Zeit allerdings nicht in Frage zu kommen. Dies bedeutet nicht, dass vergleichsweise weit entwickelte Vergemeinschaftungsformen (wie die Europäische Union) nicht weiter an Bedeutung gewinnen und/oder immer öfter als Modell zur Nachahmung in anderen Weltregionen dienen. Wohl aber lassen einige gegenläufige Trends eher erwarten, dass auf absehbare Zeit Problemlösungen in an-

deren, womöglich fluideren politischen Entscheidungsforen eher wahrscheinlich sind.

Spekulationen dieser Art hängen wesentlich von den zentralen Annahmen ab, die der Analyse zugrunde gelegt werden. Im folgenden werde ich mit einer sehr starken, für sich genommen durchaus bezweifelbaren Annahme operieren – der Annahme, dass es in den kommenden zwei Jahrzehnten zu mindestens einem katastrophalen terroristischen Anschlag kommen wird.¹ Da die möglichen Folgen, die sich in diesem Fall ergeben könnten, sehr weitreichend sind und Experten die Wahrscheinlichkeit solcher Anschläge eher für wahrscheinlich erachten, scheint mir diese einseitige Zuspritzung durchaus gerechtfertigt.

Auch katastrophale terroristische Anschläge würden das internationale System nicht von heute auf morgen revolutionieren. Aber sie würden sowohl unsere („westlichen“) Gesellschaften verändern wie auch die Art und Weise, wie Staaten (und andere politische Akteure) interagieren. Hier wird natürlich die heutige Ausgangssituation extrapoliert und unterstellt, dass „der Westen“ kollektive Zielscheibe terroristischer Anschläge von Organisationen wie „Al Kaida“ bleibt – wobei Al Kaida als Synonym für ein globales Terrornetzwerk steht, das sich im wesentlichen aus einem Heer von radikalen Islamisten speist. Um solchen Anschlägen vorzubeugen bzw. mit ihren Konsequenzen umzugehen, erscheint ein modernes (und staatenübergreifendes) Äquivalent jener „wehrhaften Demokratie“ erforderlich, das in den 1970er Jahren erfolgreich den Terror von „Baader-Meinhof“ bzw. „Rote Brigaden“ niederrang. Die Komplikation besteht allerdings darin, dass die neue terroristische Herausforderung in mehrerer Hinsicht weit schwieriger ist. Im Unterschied zum westeuropäischen Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre geht es Al Kaida heute, erstens, noch nicht einmal rhetorisch um eine „Verbesserung“ politischer (bzw. sozio-ökonomischer) „Herrschaftsverhältnisse“. Das Ziel dieser Gruppen scheint vielmehr die Ver-

nichtung einer anderen Lebensform zu sein. Sofern bzw. solange dieser Zielbeschreibung zutrifft, bedeutet dies, dass der Popper'schen „offenen Gesellschaft“ eine ihrem Typus entsprechende Form der Konfliktbearbeitung (z. B. die Kooptation ihrer Gegner) nicht zur Verfügung steht. Mit anderen Worten: die „westlichen“ Demokratien werden – als hoch moderne, eng miteinander verflochtene, damit aber auch leicht verwundbare Ökonomien und als „offene Gesellschaften“ – in einer Weise herausgefordert, die keine historischen Vorbilder kennt. Die Schockwellen, die im September 2001 die USA, im März dieses Jahres Spanien oder jüngst die Niederlande erfasst haben, vermitteln hier nur eine erste Ahnung davon, welchen Belastungen unsere Gesellschaften ausgesetzt werden könnten, wenn sich Szenarien „katastrophaler Terroranschläge“ tatsächlich bewahrheiten sollten. „Sicherheit“ gewinnt dann in der Tat eine völlig neue Bedeutung.

Hinzu kommt, zweitens, dass die Organisations- und Operationsform von Al Kaida sich in einer weiteren wesentlichen Hinsicht von „Baader-Meinhof“ bzw. „Rote Brigaden“ unterscheidet: Es handelt sich nicht mehr um vergleichsweise kleine, diskrete Zellen, die staatenübergreifend bestensfalls lockere Verbindungen haben, sondern es handelt sich um ein globales (teilweise lockerer, teilweise enger geflochtenes) Netzwerk, das seine Stärke aus einem gemeinsamen Feindbild zieht und sich aus einem Heer von Freiwilligen bedienen kann. In dieser Hinsicht weist Al Kaida durchaus Ähnlichkeiten mit einer globalen Guerilla-Bewegung auf. Dies bedeutet u.a., dass klassische polizeiliche Maßnahmen (wie sie erfolgreich gegen den westeuropäischen Terrorismus eingesetzt werden konnten) hier nur begrenzt greifen.

Die gegenwärtige terroristische Herausforderung ist damit sowohl qualitativ wie auch quantitativ umfassender. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zielscheibe des islamistisch getriebenen Terrorismus eine ganze Gruppe von Staaten (bzw. „nationalen“ Gesellschaften) ist, die im Hunting-

ton'schen Sinne kollektiv durchaus eine „civilization“ darstellen. Ganz abgesehen davon, dass in der asymmetrischen Konfliktkonstellation Staat vs. Terrornetzwerk Staaten immer einen strategischen Nachteil haben (und zwar selbst dann, wenn sie *nicht* als „offene Gesellschaften“ organisiert sind) bestehen zwei zusätzliche Schwierigkeiten der aktuellen Herausforderung darin, dass sich mit den USA (bzw. Nordamerika) und (EU-) Europa erstens Staaten (bzw. ein Staatenverbund) zu einer effektiven Koalition zusammenfinden müssen, die sich (zumindest momentan: noch) nicht einig sind, mit welchen Mitteln dieser Herausforderung begegnet werden soll. Das ist ein nicht zu unterschätzender strategischer Vorteil für Al Kaida, der bislang allerdings noch nicht voll ausgespielt wurde. Welche Entsolidarisierungseffekte die Konzentration terroristischer Gewalt auf ausgewählte westliche Ziele haben könnte, zeigt sich ansatzweise bereits jetzt darin, wie die USA und ihre engeren Verbündeten im Irakkrieg zur Zielscheibe unterschiedlichster Terroranschläge werden, während andere Staaten (dazu zählt aufgrund seiner Opposition derzeit auch noch Deutschland) eher „verschont“ werden.

Zweitens stehen sich mit den USA und (EU-) Europa zwei Akteure (oder Akteursgruppen) gegenüber, die sich in traditionellen machtpolitischen Kategorien immer häufiger als Konkurrenten, manchmal sogar als Rivalen bzw. konkurrierende „Pole“ in einer neuen „multipolaren Weltordnung“ sehen. Die westlichen Demokratien sind also weder als einzelne „offene Gesellschaften“, noch als Gemeinschaft westlicher Demokratien hinreichend auf solche Eventualitäten vorbereitet.

Es gibt allerdings einige vielversprechende Ansätze. Interessanterweise funktioniert beispielsweise die Atlantische Gemeinschaft heute vor allem in jenem Bereich erstaunlich gut, die formal mit „Außen“-Politik nichts zu tun hat. Ein untrüglicher Beleg dafür, wie sehr die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik unter den neuen Bedrohungen verwischt wird, ist

z.B. die Tatsache, dass der deutsche und der US-amerikanische Innenminister derzeit häufiger Kontakt miteinander zu haben scheinen als die beiden Außenminister. Auch das ist Sicherheitspolitik unter den neuen Bedingungen – und in dieser Hinsicht haben die transatlantischen Beziehungen in den letzten beiden Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. In noch größerem Maße gilt dies natürlich für die Europäische Union.

Ausreichend ist dies allerdings schon deshalb bei weitem noch nicht, weil die neue terroristische Bedrohung nicht nur die Grundfeste der „offenen Gesellschaft“ bedroht, sondern auch das herkömmliche außenpolitische Handeln vor Herausforderungen stellt, denen dieses mit den traditionellen Mitteln nicht mehr gewachsen ist. Hier ist ein radikaler Umdenkungsprozess erforderlich. Im Moment ist ein solcher bestenfalls in Anfängen sichtbar. Der internationale Terrorismus stellt ein Chaospotential für die nationalen Systeme dar, das, wenn man den einschlägigen Experten glauben will, enorm ist und in seinen Konsequenzen weithin unterschätzt wird. Auf eine solche außenpolitische Zukunft sind wir bislang viel zu wenig vorbereitet – auch nicht darauf, dass eine ihre Konsequenzen gerade darin bestehen könnte, die klassische Unterscheidung zwischen „innen“ und „außen“ völlig neu zu justieren. ■

Anmerkungen

¹ Unter einem „katastrophalen terroristischen Anschlag“ verstehe ich einen Anschlag der nicht nur unmittelbar eine hohe Anzahl von Opfern fordert (mehrere tausend), sondern auch das gesellschaftliche Leben und/oder die ökonomischen Strukturen nachhaltig erschüttert. Der Einsatz von nuklearen und/oder biologischen Waffen könnte diesen Effekt erzeugen.

Die Bildungspolitik als elementarer Hebel der Marktwirtschaft

Dynamik für eine wettbewerbsfähige
Wissensgesellschaft

Beiträge von

Klaus-Peter Müller und Wolfgang A. Herrmann

„Die Bildungspolitik sitzt an einem der elementarsten Hebel des gesamten marktwirtschaftlichen Systems“, betont Roman Herzog. Ohne permanente Innovation und folglich andauernder Verbesserung unserer Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungssysteme können wir kaum Schritt halten.

Wie kann sich Deutschland im internationalen Vergleich wieder Wettbewerbsvorsprünge verschaffen? Wie können wir die dringend benötigte Dynamik der Wissensgesellschaft sichern, ohne dass sie den Menschen ins Abseits stellt? Wie können wir profitabel genug wirtschaften, um den notwendigen sozialen Ausgleich bewältigen zu können? Wie kann die Soziale Marktwirtschaft als unverzichtbares Ordnungssystem so gründlich restauriert werden, damit sie wieder zum Erfolgsmodell ausgebaut werden kann. Welche Rolle müssen dabei die Eliten spielen?

Die Bildungspolitik als elementarer Hebel der Marktwirtschaft.

Dynamik für eine wettbewerbsfähige Wissensgesellschaft

Beitrag von Klaus-Peter Müller

Lassen Sie mich zuerst ein ganz klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als dem meiner Meinung nach überlegenen Ordnungsmodell abgeben. Ebenso muss ich aber darauf hinweisen, dass – um in einem Bild im Sinne von Gemälde zu bleiben – diese soziale Marktwirtschaft wahrscheinlich einer Restaurierung bedarf. Sie muss gereinigt werden von Schmutz und von Verunreinigungen, die diese soziale Marktwirtschaft im Verlaufe der letzten 50 Jahre erlitten hat. Ich denke, dass wir dazu in der Lage sind, wenn wir uns auch mit den Verzerrungen, die sich eingestellt haben, auseinandersetzen. Erst recht, wenn die Bedeutung der Bildung in diesen Zusammenhang gestellt wird und die Folgen weltwirtschaftlicher Entwicklungen abzuschätzen sind.

In einer von der Commerzbank in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahre 2004 wurde unter anderem gefragt: „Was wissen die Deutschen über Wirtschaft und über wirtschaftliche Zusammenhänge?“ Wir waren auf Schlimmes eingestellt, unsere Befürchtungen sind übertroffen worden. Es ist erschreckend – ich beschränke mich auf den Teil, der die akademisch ausgebildeten Deutschen betraf –, wie Wenige mit Begriffen wie Zins etwas anfangen können und welche Interpretationen zu wichtigen wirtschaftlichen Themen gegeben werden. Als Schlussfolgerung wäre es sicher sinnvoll, beispielsweise in den ersten Semestern eines Medizinstudiums, einige Grundzüge wirtschaftlichen Denkens zu vermitteln. Denn wenn dieser Mediziner sich dann nach entsprechend langer Tätigkeit in einem Krankenhaus niederlassen möchte, dann wird er zur erweiterten Ich-AG und hat sofort

eine Vielzahl kaufmännischer Probleme. Dieses alles wird in Deutschland unzureichend angesprochen. Erschwerend kommt hinzu, dass nicht allein die Qualität des Abiturs gesunken ist, sondern als Folge dessen die internationale Anerkennung wegbricht.

Für die Ausbildung an Hochschulen sehe ich eine hohe Notwendigkeit für Veränderungen. Dabei gibt es eine Vielfalt von Möglichkeiten, die wir nicht nutzen. Die beiden Bundeswehrhochschulen arbeiten in Trimestern. Warum nutzen nur wenige Hochschulen diese Gliederung? Die Hochschule für Bankwirtschaft, welche die Banken gegründet haben und im wesentlichen bis heute noch tragen, offeriert ein Teilzeitstudium. Diese Hochschule liefert hervorragende Absolventen, sowohl Vollzeitstudenten wie Teilzeitstudenten. Warum sind Professoren in Deutschland immer noch verbeamtet? Ein Zustand, der in mehrfacher Hinsicht falsch ist. Falsch, weil es einen unbotmäßigen Schutz für die bietet, die das System missbrauchen und zu missbrauchen wünschen. Die Verantwortung ist sowohl in den Universitäten wie auch in den Justizbehörden angesiedelt. Und der zweite Punkt ist eben, dass diese Situation auch eine leistungsgerechte Bezahlung der wissenschaftlichen Kräfte nicht zulässt, die sicher besser für das, was sie leisten, honoriert werden könnten. Die Einwerbung von Drittgoldern sollte zur Pflicht werden, allein schon, um zu einem kaufmännischen Umgang mit Finanzmitteln anzuhalten. Professoren, die Drittmittel einwerben müssen, gehen damit, das ist immer wieder festzustellen, sehr viel behutsamer um, als mit scheinbar selbstverständlich bereitstehenden öffentlichen Geldern.

Die Geschwindigkeit, in der die Weltwirtschaft wächst, ist heute nicht mehr vergleichbar mit früher. Während zuvor Aussagen über das Wachstum in Asien oder Amerika möglich waren, treffen diese sehr pauschalen Vorstellungen über das Wachstum in ganzen Regionen heute nicht mehr zu. Wir haben dynamisch wachsende Volkswirtschaften, wir haben Volkswirtschaften, die enttäuschen. China ist ein typisches Beispiel für ein sehr

positives Wachstum. Indien entwickelt sich langsam aber stetig, und Indonesien muss nach Überwindung von Krisen seine Potentiale und Chancen erst noch voll nutzen. Hier wird deutlich, wie stark sich die Unterschiede der politischen Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum auswirken. Die aktuellen Studien zum Wachstum Nordamerikas, Chinas, Russlands oder Brasiliens sollten uns aufrütteln, denn sie bereiten sowohl die Chancen wie auch die Risiken auf. Chancen, wenn es Länder sind, in die auch wir exportieren. Risiken, weil das, was dort produziert wird, irgendwann auch mal das ersetzen kann, was wir gerne zu exportieren wünschen.

Bei der Betrachtung der weltwirtschaftlichen Lage gilt es auch darauf hinzuweisen, dass die deutsche Volkswirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas fast einzigartig positiv positioniert ist. Hier erfreuen sich die Deutschen generell, aber auch deutsche Produkte einer besonderen Wertschätzung. Eine Wertschätzung, die in diesen Ländern aus der Geschichte heraus motiviert ist. Selbst Russland ist deutschen Produkten – gegenüber solchen anderer Länder – ausgesprochen aufgeschlossen. Ein wertvolles Gut. Hier wird Vertrauen geschenkt, hier wird Vertrauen quasi an unserer Tür abgeliefert, das wir für uns nutzen und nicht verspielen sollten. Im Rahmen der weltwirtschaftlichen Betrachtung ist zu würdigen, dass Politik und Wirtschaft in einer zunehmend engeren Beziehung stehen. Der amerikanische Präsident erklärt die „axis of evil“ und ist sich gleichzeitig bewusst, dass natürlich der Iran massiv von den USA über Drittlandgeschäfte beliefert wird. Hier liefern wir uns eine Philosophie der Scheinheiligkeit in bedrängendem Umfang. Es gibt kein einziges Land, inklusive Libyen, das die USA in den letzten 30 Jahren nicht intensiv beliefert haben, ungeachtet der Frage, ob sie es gerade auf der Boykottliste hatten. Dass das für Exporte schwieriger ist, dass hier ein hoher Grad an Erfindungsreichtum benötigt wird, ist sicherlich richtig festzustellen. Es darf aber nicht davon ablenken, dass auch die USA sich hier durchaus der Bedeutung des politischen Einflusses auf die amerikanische Wirtschaft bewusst sind. Die Vertragsverga-

be an Halliburton im Zusammenhang mit dem Aufbau des Iraks scheint schon ein besonderes Kapitel von Begünstigung und Danksagung für das zu sein, was da an Unterstützung erwachsen ist.

Ich will gerne noch festhalten, dass eine jüngere Generation in der Wirtschaft aber auch an unseren Hochschulen heranwächst, die mit Arbeitswilligkeit und Engagement eine qualitativ bessere Ausgangslage verspricht, als die vorherlaufenden Generationen.

Wer sich zur sozialen Marktwirtschaft bekennt, wer sie ernsthaft betreiben möchte, der muss natürlich auch wissen, dass soziale Marktwirtschaft ein Umverteilen bedeutet. Das unterscheidet sie ja von der klassischen Marktwirtschaft. Umverteilen bedeutet natürlich profitables Wirtschaften, um die aus dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft entstehenden Lasten auch dauerhaft tragen zu können. Es ist als Versäumnis zu beklagen, wenn so getan wird, als ob die soziale Marktwirtschaft mit der Entwicklung unserer Volkswirtschaft nichts zu tun hätte. Als sei der Anspruch auf Leistungen der sozialen Marktwirtschaft mit dem eines Anspruchs auf Kindergeld vergleichbar. Dort wird gezahlt, ungeachtet der Frage, wie es den Betroffenen geht. Aus diesem Missverständnis resultieren auch einige Verzerrungen, für die der Bereich der landwirtschaftlichen Subventionen beispielhaft zu sehen wäre. Was wir hier tun ist volkswirtschaftlich unsinnig und hemmt notwendige Investitionen an anderer Stelle. Wir haben aber auch mehr staatliche Banken als jedes andere Land in der freien Welt. Als ein weiteres verzerrendes Wettbewerbselement sehe ich die Ökosteuer. Mit hohem politischen Druck wurde die Ökosteuer eingeführt und jetzt kann man gar nicht verstehen, warum General Motors darin ein Problem sieht, dass bei uns die Energiekosten 30 Prozent über denen in Schweden liegen. Zu selten werden die Konsequenzen von politischen Entscheidungen bedacht.

Erschwerend kommt hinzu, dass in Deutschland die sozialen Sicherungssysteme auf eine unglaubliche Art ausgebeutet und missbraucht werden.

Wenn nur noch 27 Prozent der 82 Millionen Einwohner eine sozialversicherungspflichtige Anstellung haben, dann bedeutet dies einfach, dass wir die sozialen Systeme überdehnt haben, noch ehe die demographischen Probleme akut wurden. Die demographische Entwicklung wird diese Situation aber zusätzlich belasten, so dass wir hier in einem doppelten Dilemma hängen. Wir haben ein System, das unter Bismarck bei einer Lebenserwartung von 59 Jahren eingeführt worden ist. Das Rentenalter von 65 Jahren haben damals nur 10-15 Prozent erreicht.

Ebenso bedarf es eines deutlich höheren Maßes an Ehrlichkeit in der Politik. Wir merken gar nicht mehr, wie unehrlich wir miteinander umgehen. Deutschland ist eine wirkliche Konsensgesellschaft in des Wortes negativer Interpretation geworden. Wir vermeiden Konflikte, wo sie unvermeidbar ausgetragen werden müssten. Wir schließen Kompromisse an Stellen, wo der Kampf um Lösungen hätte erfolgen müssen. Wir verletzen Gebote der Fairness, indem ein zunehmender Lobbyismus den Schwächeren überrollt. Ich würde mir beispielsweise einen Bundestag wünschen, der nur halb so groß ist, dafür aber die Abgeordneten großzügiger bezahlt. Ich möchte kein Bundeskabinett mehr in jämmerlicher Bezahlung für das, was sie leisten. Eine Nation wie Deutschland könnte es sich auch erlauben, einem Bundesminister eine Millionen Euro zu bezahlen. Wenn dann auch nur der Hauch von Korruption deutlich wird, ist es um so leichter, die öffentlichen Konsequenzen durchzusetzen. Hier wäre Raum für Dinge, die wir besser machen könnten.

Wo sind nun Alternativen für das politische Handeln zu suchen? Ich denke, dass wir es wieder schaffen müssen, von der maximalen Regulierung auf der gesetzlichen Seite zu einer minimalen Regulierung zu kommen. Es muss dabei auch von der Arroganz abgerückt werden, jedes Gesetz, das in Brüssel schon bürokratisch genug abgefasst wird, in Deutschland noch einmal zu verschärfen, nur damit der deutsche Weg dabei erkennbar wird.

Zudem wünsche ich mir eine symmetrischere Beteiligung von Betroffenen bei Gesetzesvorhaben. So werden zum Beispiel wichtige Gesetze zum Verbraucherschutz verabschiedet, ohne Vertreter der Wirtschaft hinreichend einzubinden. Ich bitte nicht um privilegierte Behandlung, sondern um gleichzeitige Beteiligung aller Betroffenen. Ich wünsche mir mehr Effizienz bei der Gesetzgebung. Die hessische Staatsregierung hat dafür eine interessante Regelung beschlossen. Gesetze gelten in Hessen nur für 5 Jahre. Nach dieser Zeit werden sie entweder verfallen, müssen erneut bestätigt werden oder müssen modifiziert werden. Das hat den großen Vorteil, gezwungen zu sein, sich der möglichen Fehler zukünftig besser erwehren zu können. Immerhin hat Hessen im Zuge dieses Verfahrens sowie der allgemeinen Verwaltungsreform insgesamt 3500 Regelungen – Gesetze, Verordnungen und weitere Verwaltungsvorschriften – ersatzlos außer Kraft gesetzt. Dieses Beispiel könnte breiter aufgenommen werden.

Weiterhin gibt es beim Thema der Mitbestimmung einen deutschen Sonderweg. Wenn diese Gesetze nicht von der deutschen Holding-Ebene abgehoben werden, dann wird es einen Exodus an Hauptquartieren und einen Exodus an wirtschaftlicher Intelligenz geben. Die Europa AG ist für Deutschland so modifiziert worden, dass jeder, der mit einem deutschen Unternehmen fusioniert, automatisch Gegenstand der Mitbestimmung wird. Dieses ist nicht mehr vermittelbar. Bei Verhandlungen beispielsweise mit ausländischen Bankhäusern über eine Fusion und einen juristischen Sitz in Frankfurt endet jeder Spielraum am Thema der Mitbestimmung. Nicht weil deutsche Unternehmen gegen die Mitbestimmung wären, sondern weil sie im internationalen Rahmen nur schwerlich geschäftliche Transaktionen in Deutschland vollziehen können, wird London als Standort zunehmend bevorzugt. Ich halte das für eine verhängnisvolle Tendenz, der wir entgegenwirken sollten. Es könnte zum Beispiel einem Unternehmen gestattet sein, eine Holding mit 1000 Mitarbeitern zu gründen, die dann mitbestimmungsfrei ist und gleichzeitig den gesamten deutschen Bereich in der Mitbestim-

mung belässt. Es wäre also wünschenswert, wenn bei den Gesetzgebungsprozessen mehr Rücksicht auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen genommen werden würde. Dieses wird jedoch regelmäßig in Brüssel und in Berlin unterlassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir seit etwa 20 Jahren in einer schlechteren Verfassung sind, als wir es uns eingestehen. Wenn wir nicht schon abgestiegen sind, dann sind wir in unmittelbarer Abstiegsbedrohung. Wenn wir dieses aber verhindern wollen, müssen wir Anstrengungen unternehmen, die früher greifen. Wenn wir glauben, dass wir es nicht so schnell erreichen können, was ja auch legitim wäre, dann ist aber erforderlich, für den Fall des Abstiegs – ein „worst-case-scenario“ – Antworten beizuhalten: Was ist zuerst notwendig und wie schnell würden wir es schaffen, wieder aufzusteigen zu können? Deutschland kann nicht erst bis zu einem völligen Zusammenbruch oder wirtschaftlichen Chaos warten, bevor es die Kraft findet, etwas zu verändern. Hierin sollte sich ein Schicksal der Deutschen nicht erneut bewahrheiten: Wir verweigern uns den Realitäten und beharren auf vermeintlich gerechter weiterer Umverteilung. Eine Chancengleichheit, die sich als Startgleichheit versteht, bedeutet jedoch nicht, dass alle im Verteilungsprozess gleichermaßen bedacht werden müssen. Auch das ist soziale Marktwirtschaft. Und letztlich glaube ich, dass in stärkerem Maße als jemals in unserer jüngeren Vergangenheit Eliten gefordert sind. Wir müssen den Einsatz unserer Eliten wieder fordern, wir müssen ihn abrufen. Wir müssen diesen Eliten verdeutlichen, dass wir ohne ihren Einsatz und ohne ihren Intellekt und ohne ihr Engagement es nicht schaffen werden. Nicht nur nicht schaffen, den Abstieg zu verhindern, sondern wir würden ohne den Einsatz unserer Eliten und ohne dass wir Kenntnis von diesen Eliten haben, es auch nicht schaffen, wieder aufzusteigen. Auch nach diesem ja nicht ganz erfreulichen Bild bekenne ich mich unverändert zur sozialen Marktwirtschaft. Ich halte sie unverändert für das überlegene Ordnungsmodell. Ich meine aber, dass Verzerrungen, Versäumnisse

und Überdehnungen einer schärferen und selbstkritischeren Auseinandersetzung bedürfen. Die Eliten in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind gleichermaßen aufgefordert, mit dem uns anvertrauten Gut sorgfältiger umzugehen, als es in der Vergangenheit getan wurde. Nur dann werden wir Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden können. Nur dann werden wir die soziale Marktwirtschaft an nachfolgende Generationen übertragen können. ■

Die Bildungspolitik als elementarer Hebel der Marktwirtschaft.

Dynamik für eine wettbewerbsfähige Wissensgesellschaft

Beitrag von Wolfgang A. Herrmann

Es gilt sich vor Augen zu führen, wie wenige naturwissenschaftliche Schlüsselentdeckungen die ganze Welt verändert haben. Fragen der Arbeitsteilung, der Stabilität der politischen Kräfte, des Bevölkerungswachstums, ja sogar die Art und Handhabung kriegerischer Auseinandersetzungen stehen in Verbindung mit der Erfindung des Halbleitereffekts und seiner Umsetzung im Siliziumchip sowie mit der Entdeckung der Struktur der DNS. Das sind zwei Jahrhundertentdeckungen (1875 bzw. 1954), die von jungen Forschern in zweckfreier Neugier gemacht wurden, die ohne Förderung und frei arbeiten konnten, die begeistert waren.

Die Zukunft der Welternährung hängt ab von neuen Pflanzentechnologien, der Vermeidung und Heilung von Krankheiten, den Biotechnologien sowie den dreidimensionalen Informationsnetzwerken („cubic memories“)

Dieses Szenario führt mitten in die Bildungspolitik. Damit ist zugleich die Brücke zur Marktwirtschaft geschlagen. Marktwirtschaft bedeutet Wertschöpfung. Diese Wertschöpfung resultiert aus dem Wettbewerb. Der Wettbewerb muss auch das Bildungswesen, insbesondere die Hochschulen, treffen – ein Zusammenhang der leider noch zu wenig realisiert wird. Denn aus dem Wettbewerb resultiert das, was wir an erster Stelle brauchen – neues Wissen als Quelle bester Wertschöpfung! Dieses neue Wissen wird nicht allein den Wettbewerb, sondern die Gesamtheit der internationalen Entwicklungen maßgebend prägen. Wir müssen das neue Wissen erst haben, um dann zu entscheiden, ob und wie wir es anwenden. Im eigenen

Lande beklagen wir zu Recht eine Wettbewerbslenkung. Zu viel Regulierung und Bürokratisierung führt letztlich zu gesellschaftlichen Kompartimentierungen auch im Bildungssystem. Schulen und Universitäten haben immer noch Schwierigkeiten, sich aufeinander zu beziehen – von dem Verhältnis Wirtschaft und Schule ganz abgesehen. Selbst innerhalb des Hochschulwesens haben wir seit 30 Jahren zwischen Fachhochschulen und Universitäten Zuordnungsprobleme. Das ist eine Schwerfälligkeit, die einerseits aus der Überregulierung des Systems resultiert, andererseits aus mangelndem Unternehmergeist in den Institutionen selbst.

Zusammenhänge, die in ihren Konsequenzen für das Bildungswesen, für Forschung und Wissenschaft und damit für die Wirtschaft auch zukünftige Optionen belasten.

Da ist erstens die demographische Verknappung, die Mitte des nächsten Jahrzehnts in Deutschland mit Macht einsetzen wird. Diejenigen, die jetzt die Grundschule besuchen, sollten dann Studenten sein. Besonders an den Grundschulen können wir aber gegenwärtig die rückläufigen Zahlen beobachten. Die unmittelbaren Konsequenzen sind nicht allein Auswirkungen auf die Schul- und Hochschulpolitik, sondern ebenso logische Auswirkungen für die Wirtschaftspolitik und natürlich die Sozialpolitik. Diese Beobachtungen sind nicht neu, werden aber in der Öffentlichkeit kaum in ihrer Tragweite wahrgenommen. Demographische Verknappung – dazu noch eine Zahl: Wir haben von dem Geburtenjahrgang 1964 bei den Frauen heute etwa 30 Prozent Kinderlose, beim Jahrgang 1940 waren es noch 10 - 11 Prozent. Bei den Akademikerinnen sind es bereits 40 Prozent. Begleitet wird dieser Trend von einer steigenden Lebenserwartung, einer Verschiebung des Altersquotienten zu Gunsten der älter als 65 Jährigen. Dabei bewegen wir uns, auch das ist bekannt, hin zu einer der ältesten Gesellschaften der Welt.

Zweitens, und gegenläufig, findet international eine Bevölkerungsexplosion statt, die von heute 6 auf eine Sättigungsstufe von etwa 9 - 10 Milliarden hinausläuft. Das wird das Arm-Reich-Gefälle massiv beeinflussen und verschärfen. Es werden politisch wie auch sozial relevante Migrationen in großem Ausmaß stattfinden. Die Vorstellung, dass vielleicht die weitere Ausbreitung der Infektionskrankheiten, durch die weltweit heute schon die Mehrheit der Menschen stirbt, der Bevölkerungsexplosion spürbar begegnet, greift dabei zu kurz. Es ist vielmehr anzunehmen, dass die Nutzung der Kenntnis des genetischen Codes der Mikroorganismen ihren Beitrag dazu leisten wird, dass die Haupttodesursachen stark zurückgehen werden. Die Grundkenntnisse, die man unmittelbar dafür nutzen kann, sind vorhanden. Es ist nur die Frage, ob wir sie nutzen, ob wir daraus moderne Technologien machen.

Drittens gilt es, neu entstehende Märkte zu beobachten. In diesem Zusammenhang sind auch Bildungsmärkte – ein Begriff, den wir nie verinnerlicht haben – zu nennen. Wir hatten in den fünfziger Jahren in Deutschland zeitweise knapp 20.000 indonesische Studenten. Etwa 1.200 sind es heute noch. 35.000 Indonesier studieren zur Zeit in Amerika und Australien. Australien hat es geschafft, einen riesigen, für das Land sehr lukrativen Bildungsmarkt zu erschließen. Und wir sind hier, aus unterschiedlichen Gründen, stark zurückgefallen. Durch ein rasantes wirtschaftliches Wachstum entwickeln sich neue Märkte in China und Indien, in denen die großen deutschen Unternehmen für die nächsten Jahre 20 Prozent ihrer Umsätze erwarten. Märkte, und Osteuropa ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen, die sich nicht nur durch eine ausgeprägte Arbeitsteiligkeit in der Informations- und Kommunikationstechnologie auszeichnen, sondern von einem ausgesprochenen „Bildungshunger“ geprägt sind. Ein Bildungshunger, der bei uns weitestgehend fehlt. Als Symbol, wenn gleich sich hier die weltpolitische Situation ringsherum ändert, gilt Singapur, wo der Slogan „science is fun, science is passion“ die Bildungsausgaben an die Spitze der

politischen Agenda stellt. Ausländische Intelligenz – zum Beispiel aus den deutschen Instituten der Max-Planck-Gesellschaft – wird, oft mit erheblichen Mitteln ausgestattet, in diese Länder abgeworben.

Wir beobachten fast gleichzeitig, dass Osteuropa bis auf weiteres, allein aufgrund der Lohnstrukturen, Innovationskapital anziehen wird. Die deutsche Politik erkennt zwar einen Mangel an Unterstützung für das Bildungswesen, ändert daran aber wenig. Es gilt an dieser Stelle daran zu erinnern, was Georg Picht 1964 in seinem politisch folgenreichen Beitrag in „Christ und Welt“ gesagt hat: Er wies darauf hin, dass 1958 die deutschen Ausgaben für Forschung und Hochschulen bei 3,6 Prozent lagen und beklagte, dass sie 1964 nur noch 3 Prozent betragen. Seither sind wir auf 2,4 Prozent zurückgefallen. In einer Zeit, in der das Wirtschaftswunder auf dem Wege war, wurde in Bildung und Forschung mehr als heute ausgegeben. Interessant ist, dass in der Schweiz von der Regierung für die Bildungsausgaben eine Steigerung von 4 Prozent beantragt wurde und das Parlament 5 Prozent genehmigt hat. Das ist ein erstaunlicher Vorgang, der in Deutschland unvorstellbar erscheint. Die Möglichkeit, dass der internationale Wettbewerb auch den deutschen Bildungsmarkt erschließen kann, wird kaum realisiert. Ich bin ziemlich sicher, dass es früher oder später möglich sein wird, dass erfolgreiche Universitäten aus dem Ausland in Deutschland Fuß fassen werden. Wenn die laufenden Gatts-Verhandlungen dies ermöglichen, können wir uns auf einen gewaltigen Verdrängungswettbewerb gefasst machen.

Als vierter Punkt ist die Abwanderung der qualifizierten Spitzenkräfte zu nennen. Die jungen motivierten Hochschulabsolventen fliehen aus einer viel zu gegenwartsfixierten Gesellschaft, die wir geworden sind, und erhöhen damit die Arbeitsproduktivität dort, wo sie hingehen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist aber genau der Schlüssel für unseren künftigen Erfolg. Darauf müssten wir achten. Diese jungen Menschen gehen mit ihrem

Wissen dorthin, wo Kapital ist. Kapital, das sie nutzen können, um ihre Kenntnisse und Ideen in Projekten zu realisieren und natürlich zu vervielfachen. Ziel muss es sein, die Besten in Deutschland zu halten und ihnen hier die notwendigen Bedingungen zu bieten. Allein die schon beschriebene demographische Entwicklung muss uns dazu bringen, darüber hinaus die besten Köpfe aus dem Ausland in unser Land zu holen. Wir müssen die Besten hier ausbilden, damit wir Multiplikatoren schaffen und Botschafter in die wachsenden Märkte der Welt senden können. Die Internationalisierung muss deshalb ein vorrangiges Ziel der Universitäten sein. Die aktuelle Situation ist da eher deprimierend. Zwar nimmt die Zahl der ausländischen Studierenden an deutschen Universitäten zu (so stieg beispielsweise der Anteil an der Technischen Universität München in den letzten neun Jahren von 6 auf 23 Prozent), aber es sind nicht immer die Allerbesten. Die Besten gehen immer noch in die Vereinigten Staaten, wo maßgeschneiderte, niveaupvolle Studienangebote gegen zum Teil sehr hohe Studiengebühren angeboten werden und wo man sich darauf verlassen kann, dass die Ausbildung in einer definierten Zeit eben auch wirklich zu absolvieren ist. Wir müssen die Frage nach der Qualität und Verlässlichkeit unserer akademischen Ausbildung für die besten Köpfe stellen. Das Benchmark sind die Besten, nicht das Mittelmaß.

Unser Bildungs- und vor allem das Hochschulwesen hatte jahrzehntelang das Problem, dass wir über Bildung viel geredet, aber die Mittel dafür vernachlässigt haben. Das hat auch dazu geführt, dass wir die Internationalisierung auf hohem Niveau nicht geschafft haben. Denn wie sollten die Universitäten mit ihrer gegenwärtigen Ausstattung auch noch exzellente Studienangebote in englischer Sprache, mit einer Betreuung auf internationalen Niveau bis hin zur kulturellen Integration für ein ausländisches Klientel ohne zusätzliche Mittel anbieten können? Die Frage, wie die Hochschulen selbst Finanzierungsquellen eröffnen können, steht wiederum in enger Verbindung mit der Bereitschaft zum Wettbewerb.

Fünftens sind sowohl unsere eigenen wie auch die globalen Probleme als große Chance zu begreifen. Dazu gehört beispielsweise der Anstieg der Weltbevölkerung. Um die Grundbedürfnisse – Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Energie – zu decken, sind wir als Partner besonders in unseren naturwissenschaftlich-technischen Bemühungen gefordert.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, muss Deutschland zuerst eigene Probleme aus dem Weg räumen.

So verhindern wir selbst mit einer mittlerweile sprichwörtlichen „German Angst“ im endlosen Abwägen der Risiken die wirtschaftliche Umsetzung vieler wissenschaftlicher Entdeckungen. Die Wissenschaft muss ihre Sprechfähigkeiten entwickeln, um in der Öffentlichkeit die immer komplexer werdende technische Welt verständlich darzustellen. Gleichzeitig muss sie es schaffen, eine Nutzen-Risiko-Betrachtung zu kultivieren, die nicht von vornherein den Nutzen ausblendet. Wenn wir diese Probleme nicht offen angehen, werden wir uns im internationalen Maßstab immer nur auf der Aufholjagd wiederfinden und nicht selbst Motor sein. In der aktuellen Diskussion um die Biotechnologie ist das Bündel dieser Probleme deutlich nachzuvollziehen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich unsere Hochschulen international nur dann etablieren können, wenn sie sich von nachgeordneten Behörden in handlungsfähige Wissenschaftsunternehmen mit dem Unternehmensziel der Wissenschaftlichkeit umwandeln. Dabei gilt es zu vermitteln, dass der erfolgreiche Wissenschaftler sehr viel mit einem erfolgreichen Unternehmer gemeinsam hat. Modellhaft eine vollständig autonome Universität zu organisieren, die in eigenständiger Verantwortung eine Finanzierungsklarheit gewährleistet und natürlich den staatlichen Auftrag erfüllt, darf keine Fiktion bleiben. Es gibt weltweit keine einzige Spitzenuniversität, die ausschließlich staatlich finanziert ist und gleichzeitig behördlich geregelt ist, zur Aufnahme aller Studierenden verpflichtet ist, unentgeltlich

ist und bei der alle Professoren in einer lebenslangen Anstellung aufgehoben sind. Bei den deutschen Universitäten ist das allerdings schon so. Es gilt alles daran zu setzen, dass sich das Universitätssystem dem Wettbewerb öffnet. Dass trotz eines unentgeltlichen Studiums der Anteil sozial schwacher Studenten in den letzten Jahren dramatisch gesunken ist, sehe ich im Übrigen als Argument dafür, dass erst der Wettbewerb der besten Köpfe das Bildungsfeld Hochschulwesen wieder sozial macht.

Was wir also brauchen, ist die Auswahl der Studierenden nach der Befähigung. Wir haben es in Bayern geschafft, dass der Landtag in Bayern die Experimentierklausel dahingehend erweitert, dass auf Antrag in einzelnen Studiengängen alle Studierenden selbst ausgewählt werden können. An der TU München praktizieren wir dieses Vorgehen seit fünf Jahren in zehn Studiengängen einem Erfolg, der weit über die Erwartungen hinausgeht. Es werden dabei unterschiedliche Modelle erprobt, die eine schriftliche und mündliche Auswahl sowie Interviews einbeziehen. Der Anteil der Studienabbrecher ist seitdem dramatisch gesunken. Zudem hat sich die Haltung dieser Studenten gegenüber ihrer Universität in ganz positiver Weise hinsichtlich der Wahrnehmung von Verantwortung und auch hinsichtlich der Entwicklung einer Solidargemeinschaft Universität verbessert. Das sind Universitäten nämlich bisher auch noch nicht. Weil wir keine Bildungsbeiträge erheben, weil damit der einzelne an den Kosten nicht beteiligt ist, muss er diese Verantwortung und Verbindung nicht zwingend aufbauen. Mehr noch, um die Verantwortlichkeit der Generationen füreinander in einer Bildungseinrichtung zu bestärken. Es ist gut, dass bald die Länder Bildungsbeiträge erheben können. Aber jetzt muss die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, dass es richtig gemacht wird. Dass nicht einheitliche Gebühren kommen, die dann in den staatlichen Haushaltlöchern versinken. Es muss vielmehr auf das Prinzip Leistung - Gegenleistung konzentriert werden. Der Student muss vom ersten Tag an wissen, welche Leistungen er für wieviel Geld entgegennimmt. Natürlich muss er auch wissen, wie diese

Kosten gegenfinanziert sind für den Fall, dass er es sich das Studium sonst nicht leisten kann. Modelle wie Bildungsfonds, Bildungssparen und Darlehenssysteme bieten sich in diesen Situationen an. In München gibt es beispielsweise einen Finanzdienstleister (Career Concept), der einen Bildungsfonds aufgelegt hat. Fast 100 Studenten der TU München bekommen ihre Darlehen aus diesem Fonds. Diese Darlehen zahlen sie erst zurück, wenn sie das Studium beendet haben und wenn sie ein bestimmtes Minimaleinkommen erzielen und die Tilgung dann leistbar ist. Zugangsvoraussetzung ist, dass die Studenten für das Studium ausgewählt waren – nach Neigung und Begabung, unabhängig vom finanziellen Hintergrund. Das Ausfallrisiko für diese Darlehen liegt dann etwa in der Größenordnung herkömmlicher Kundenkredite. Hier ist ein erfreulicher Bewusstseinswandel bei den Finanzdienstleistungen zu beobachten. Bildung als interessantes Geschäftsfeld.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Hochschularbeit muss die Interdisziplinarität werden. Die starren Strukturen der Universitäten haben Interdisziplinarität nicht hinreichend gefördert. Allein die Widerstände, in Fächern wie Biologie oder andere Naturwissenschaften auch die Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre einzuführen oder in den neuen Bachelor-Studiengängen Grundzüge des Arbeitsrechts, der Arbeitspsychologie oder des Umweltrechts zu vermitteln, belegen diesen Mangel. Dort, wo man sich diesen Zusammenhängen öffnet, bietet man den Studenten auch höhere Chancen in die modernen Arbeitsmärkte zu kommen.

Als letzter Punkt ist die Fort- und Weiterbildung anzusprechen. Wir leben nicht mehr in einer Welt, in der man einmal studiert und dann für immer studiert hat. Auch das ist an sich trivial, nur hier haben es die Universitäten aufgrund eben ihres Behördenscharakters gar nicht schaffen können, geeignete Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, die im Rahmen verbindlicher Geschäftspläne ausfinanziert sind. Aber auch die Fort- und Wei-

terbildung sollte als fester Bestandteil unseren Bildungsvorstellungen entsprechen.

Zusammengefasst meine ich, dass die Hochschulen aus ihrer staatlichen Reglementierung heraus müssen. Im Gegenzug müssen sie unternehmerischen Geist entfalten, wozu auch Risikobereitschaft gehört. Die Diskussion der letzten Jahre hat hier zu spürbaren Fortschritten beigetragen. Als Beispiel kann die Technische Universität Darmstadt gelten, wo das Land Hessen einmal den Mut hatte, einer Universität zuzutrauen, in ihren Belangen selbst zu wirtschaften und einen Abschluss von Zielvereinbarungen mit dem Staat in vernünftiger Weise einzugehen. Ich meine eben, dass das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für den Zwang zum internationalen Wettbewerb unserer Universitäten nur geschaffen und gefördert werden kann, wenn man in einzelnen Modellen zeigt, dass dies sinnvoll und erfolgreich ist. Flächendeckende Reformen haben dagegen fast nie funktioniert. Das wusste der alte Humboldt schon. Er war ein „Modell-Reformer“. Sein deutsches Universitätsmodell hat einen Siegeszug durch die Welt angetreten. In Deutschland ist es hingegen verkümmert. ■

Ein fester Grund im reißenden Strom

Kultur, Geschichtsbewusstsein und Religion
in Zeiten neuer Unübersichtlichkeit

Beiträge von

Eberhard Schockenhoff und Ulrich von Hehl

Was kann ein fester Grund, ein rettendes Ufer im „reißenden Strom“ sein, den Roman Herzog skizziert? Was können Kultur, Geschichtsbewusstsein und Religion als Orientierungsmarken und Wegweiser in Zeiten neuer Unübersichtlichkeiten bewirken? Sind die Kirchen, die als sinnstiftende Institutionen selbst erheblichen Transformationsprozessen unterworfen sind, noch dazu in der Lage, den Bedarf an gesellschaftlicher Wertorientierung

zu erfüllen, der in einer dynamisierten Welt so notwendig ist? Können Geschichtsbilder in Zeiten einer Identitätskrise Resonanzboden für eine Identifikation sein? Was kann uns den Mut, was kann uns das Gottvertrauen und das Selbstbewusstsein geben, um die notwendigen Veränderungsprozesse bewältigen zu können? Muss nicht, wer den Dialog führen will, zunächst seine eigene Identität finden und sich seiner eigenen Wertgrundlagen vergewissern?

Ein fester Grund im reißenden Strom.

**Kultur, Geschichtsbewusstsein und Religion in Zeiten
neuer Unübersichtlichkeit**

Beitrag von Volker Schockenhoff

Es gab vor etwa 30 oder 40 Jahren eine gesellschaftliche Diagnose, die lautete: Die moderne Gesellschaft säkularisiert sich immer weiter, auch die Religion wird von der Säkularisierung erfasst, sie wird langsam aussterben und die Kirchen werden dann eben so etwas ähnliches wie die musealen Bewahrer einer Tradition sein, die nur noch historische Bedeutung hat. Im ersten Teil hat sich diese Gesellschaftsdiagnose durch die Entwicklung überlebt. Wir haben eine klare Renaissance religiöser Vorstellungen. Aber diese Renaissance geht an den Kirchen offenbar vorbei. Die Kirchen schaffen es nicht, sich als Orte, in denen Religion gelebt wird, darzustellen und von dieser Renaissance religiöser Vorstellungen zu profitieren. Für die Frage, inwieweit Religion das Reservoir an Wertorientierung lebendig erhalten kann, ergibt sich aus dieser Diagnose eine ambivalente zwiespältige Antwort. Moderne Gesellschaften sind soziologisch gesehen Transformationsgesellschaften – das Bild vom reißenden Strom findet sich in dieser Diagnose wieder –, die vor allem gekennzeichnet sind durch eine Pluralisierung, durch Optionserweiterungen und durch einen hohen Grad an Individualisierung. Genau diese Pluralisierungs-, Optionserweiterungs- und Individualisierungskennzeichen erfassen nun nicht nur das gesellschaftliche Leben, tragende Lebenszusammenhänge etwa der Familie, sondern auch die Religion. Wir haben also genau das gleiche Phänomen, das die Gesellschaft insgesamt zeigt, auch in der Religion. Die religiöse Sinnwelt wird frei flottierend, wenn man es positiv sagt, emanzipiert sich von den Bin-

dungen des kirchlichen Dogmas. Wenn man es negativ sagt, wird sie weniger verbindlich, sie fordert von dem Einzelnen keine Lebensführung im Sinne religiöser Vorgaben, sondern es gibt ein Schisma. Wenn früher Moral und Religion eine Einheit bildeten und wenn das nach der Selbstinterpretation zumindest der christlichen Religionen natürlich auch so ist, dass die Lebensführung Teil des eigenen Glaubens ist, dass Glaube und Leben eine Einheit bilden sollen, dann ist seit der Aufklärung diese Einheit aufgehoben. Gott sei Dank, sonst wären moderne Gesellschaften gar nicht lebensfähig.

Aber nun erleben wir auch eine Trennung von der anderen Seite, dass es auch Religion ohne Moral zu geben scheint. Es gibt, wenn man an die esoterische Welt denkt, Vorstellungen, die sich religiöse Versatzstücke zurechtlegen zu einer persönlichen Sinnwelt. Diese vermitteln aber nicht tragende moralische Werte, sondern ermöglichen kurzfristig eine religiöse Stimmungslage, ein religiöses Erleben, welches aber nicht zu einer langfristigen Wertbindung oder Lebensorientierung führt. Interessant ist zum Beispiel die Konjunktur der Reinkarnationslehren. In der Geschichte des Christentums galt die Reinkarnationsvorstellung mit christlicher Religiosität immer als unvereinbar. Ein entscheidender Grund war der, dass dadurch die Verantwortung für die Lebensführung in der eigenen Lebenszeit letztlich aufgehoben wird. Wenn alles, was ich tue, in einer späteren Neuauflage des Lebens wieder revidiert werden kann, dann wird im Grunde Verantwortung oder Einsatz für das eigene Leben und für das Leben anderer funktionslos. Der Gedanke moralischer Verantwortung und Wertbindung setzt hier die Vorstellung einer gerichteten Lebenszeit voraus. Umgekehrt führt ein zyklisches Lebenszeitkonzept dazu, dass das moralische Handeln und auch die Selbstbindung an moralische Werte letztlich gleichgültig wird. Insofern ist die hohe Konjunktur von Reinkarnationsvorstellungen unter einem esoterisch-religiösen Deckmantel ein Indiz dafür, dass sich nun das Junktum zwischen Religiosität und moralischer Wertbindung auch zur anderen Seite hin löst. Also nicht nur,

anderen Seite hin löst. Also nicht nur, dass es Moral ohne Religion gibt, sondern auch Religion, Religiosität praktiziert wird, ohne dass dies zu religiösen Wertbindungen führt. Die Kirchen als Sinnagenturen, wie ihre Funktion soziologisch oft beschrieben wird, sind heute, das ist ein nüchternes Fazit, nicht in der Lage, den Bedarf an gesellschaftlicher Wertorientierung zu leisten, den es in offenen Gesellschaften gibt. Es sei mir sicher gestattet, das bekannte Diktum von Ernst Wolfgang Böckenförde zu zitieren, dass der moderne freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, ohne seinen Charakter als freiheitlichen Staat in Frage zu stellen. Dieses Diktum wird ja häufig so verstanden, dass dann eben die Privatinitiative, kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, auch bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement, diese moralischen Wertbindungen und die Kohäsionskräfte, die der Staat braucht und von denen er lebt, die er aber selbst nicht garantieren kann, ihm eben zur Verfügung zu stellen haben. Und genau in diesem Teil funktioniert die These heute nicht mehr. Sie funktioniert deshalb nicht mehr, weil eben auch die Kirchen als Institutionen solcher Sinnvermittlung von dem gesellschaftlichen Transformationsprozess erfasst werden.

Was ergibt sich aus dieser kritischen Diagnose? Ich möchte das zunächst aus der Sicht des Staates und dann aus der Sicht der Kirchen beantworten, wobei ich natürlich nur für meine eigene, die katholische Kirche, sprechen kann. Soziologische Untersuchungen etwa von Gerhard Schmidtchen aus Mainz oder von Renate Köcher vom Allensbacher Forschungsinstitut weisen darauf hin, dass religiös sozialisierte Menschen, die in einer kirchlichen Bindung leben, einen überdurchschnittlich hohen Grad an altruistischen Einstellungen, an sozialer Dienstbereitschaft und Verantwortungsbereitschaft aufwenden. Das heißt natürlich nicht, dass nur kirchlich gebundene Menschen dazu in der Lage sind, und das heißt auch nicht, dass alle kirchlich gebundenen Menschen es tun. Es heißt aber, dass innerhalb dieser Gruppe die Fähigkeit, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen und

sich gemeinwohlorientiert zu verhalten, signifikant höher ist als in der übrigen Bevölkerung. Der Staat hat also gute Gründe, von sich aus an dem kooperativen Verhältnis festzuhalten, das er zu den Kirchen pflegt oder auch zum Religionsunterricht, zu theologischen Fakultäten. Er sollte der Versuchung widerstehen, aus der Vertrauenskrise der Institutionen, die auch die Kirchen erfasst, für sich Kapital zu ziehen. Als könne die Politik, als könne der Staat, wenn er sich aus der Zusammenarbeit mit der Kirche löst, selbst so etwas wie religiöse Wertbindung ersetzen!

Der Staat oder die staatliche Rechtsprechung tut gut daran, das Verhältnis von negativer Religionsfreiheit, also der Freiheit, nicht von religiösen Symbolen in der Öffentlichkeit belästigt zu werden, und positiver Religionsfreiheit, also der Freiheit, die eigene Religionsausübung auch ungehindert tun zu können, richtig justiert zu halten. Dieses Verhältnis sollte nicht unter der Hand in einen Vorrang umkippen, der ein Übergewicht der negativen Religionsfreiheit einräumt. Es wird allgemein so angesehen als sei es ein christlich-kirchliches Interesse, dass Kopftücher als Symbol islamischer Religiosität oder eines islamischen Bildes der öffentlichen Rolle der Frau nicht geduldet würden. Aber so einfach ist das nicht. Denn so wie in der Regel argumentiert wird, zum Beispiel im Schulgesetz in Baden-Württemberg, führt das unter der Hand dazu, dass wir der negativen Religionsfreiheit das Übergewicht geben und dass wir letztlich das deutsche kooperative Modell von Kirche und Staat ersetzen durch ein offen laikales Verständnis nach dem französischen Modell der Laïcité. Es gibt in Baden-Württemberg an einem kleinen Ort eine Grundschule, die ja an sich nach unserer Landesverfassung christliche Bekenntnisschule ist, in der vier Nonnen in ihrem Ordenshabit unterrichten. In der Diskussion war natürlich sofort klar, wenn eine Lehrerin, die sich zur islamischen Religion bekennt, kein Kopftuch tragen darf, dann dürfen die vier Nonnen auch keinen Ordenshabit tragen. Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, Dr. Annette Schavan, verneinte jedoch diese Gleichsetzung.

Der Bundesgerichtshof in Leipzig hat ihr dennoch widersprochen. Wenn keine religiöse Symbolik, so die Argumentation, in der Schule zugelassen ist, dann gilt das für alle, also auch für Vertreter der christlichen religiösen Symbolik. Ein Ordenshabit, so die Entgegnung von Annette Schavan, ist kein religiöses Symbol, sondern eine Berufskleidung. Aber das ist eine durchaus problematische Argumentation. Wenn ein Ordenshabit bei einer kirchlich-religiösen Zeremonie wie der Ablegung der Ordensgelübde verliehen wird, ist das natürlich ein religiöses Symbol.

Die Vertrauenskrise der Institutionen hat alle, den Staat, die Parteien, die Politik, die Gewerkschaften und auch die Kirchen erfasst. Welche Bedeutung hat es aus der Sicht der Kirchen, wenn Religiosität frei flottierend wird, sie nicht mehr aus einer moralischen Wertbindung heraus, nicht mehr als Auflage an die eigene Lebensführung verstanden wird? Mit Sorge ist zugleich zu beobachten, dass die ökumenische Einheit, die wir bislang in ethischen Fragen weitgehend hatten, auch mehr und mehr zu bröckeln beginnt. Es galt lange Zeit die Gleichung, es gibt zwar ökumenische Differenzen in den Glaubenslehren, in den dogmatischen Bekenntnissen, aber die sozial-ethischen Fundamente werden als gemeinsam begriffen und auch gemeinsam von beiden Konfessionen vertreten. Es gab auch ökumenische Denkschriften. Vor allem unter dem Bruch der problematischen Bio-Politik hat sich aber in den letzten Jahren ein deutlicher Riss gezeigt. Innerhalb der evangelischen Kirche gibt es fast ein Schisma, ein Konflikt zwischen den Bischöfen. So gibt es Bischöfe, die sagen, der Pluralismus ist das Markenzeichen des Protestantismus. Der Protestantismus setzt selber nicht voraus, dass es so etwas wie eine einheitliche Wertbindung, Wertorientierung gibt, sondern diese höhere Pluralismusfähigkeit. Das sei gerade die Auszeichnung des Protestantismus gegenüber der katholischen Kirche. Der Dienst, die Diakonie, die gesellschaftliche Diakonie des protestantischen Christentums an der pluralen Gesellschaft zeige, wie man mit all diesen in sich auch gegensätzlichen Auffassungen in einem versöhnnten Miteinander existieren

kann. Hier haben wir ein Konzept, welches die Bedeutung der Religion in der pluralen Gesellschaft sichern soll. Dem gegenüber ist das katholische Modell stärker, wenn es sagt, es muss so etwas wie einen Kernbestand an Gerechtigkeitsüberzeugungen geben. Man kann nicht alle divergierenden moralischen Auffassungen in der Schwebe lassen. Sobald es um die Rechte Dritter geht, um menschenrechtliche Grundforderungen, ist der Rechtsstaat als solcher gefragt. Hier gilt es ein rechtsethisches Prinzip einzuklagen. Die Kirche fungiert bei diesem Modell als Anwältin der Menschenrechte, als Mahnerin, in einer advokatorischen Funktion. In der Bioethik und auch in Fragen alternativer Lebensmodelle, nichtehelicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, wird der ökumenische Grundkonsens – um es vorsichtig zu formulieren – mit starken Rissen vertreten. Das Problem ist ein Binnen-Pluralismus innerhalb des Christentums. Diese konfessionelle Differenzierung führt zur Selbstrelativierung des Christentums in der Gesellschaft. Aus meiner Sicht ist das eine gefährliche Entwicklung, die wir so vor zehn Jahren noch nicht hatten. Damals gab es noch diese ökumenische Denkschrift „Gott ist ein Freund des Lebens“, in der es noch gelang, mit einem Wort, mit einer Stimme aufzutreten. Das wird jetzt zunehmend schwieriger werden. Aus der Sicht der katholischen Kirche, aber auch für viele protestantische Christen, stellt diese Diagnose eine bedrohliche und besorgniserregende Situation dar. Wenn das Christentum überhaupt noch die Chance hat, in wichtigen zukunftsweisenden Fragen in der Gesellschaft wahrgenommen zu werden, dann nur, wenn es mit einer Stimme spricht. Wenn das irgendwo gilt, dann ist es in der Ethik, in der Sozialethik und in der Familienpolitik. Dort zeichnen sich Differenzen ab, bei denen ich im Augenblick nicht sehe, wie sie wieder zu einer Annäherung gelangen könnten. Vielmehr vermute ich, dass die Entwicklung zu einer noch weiteren Schere führen wird. ■

Ein fester Grund im reißenden Strom.

Kultur, Geschichtsbewusstsein und Religion in Zeiten neuer Unübersichtlichkeit

Beitrag von Ulrich von Hehl

Die Welt verändert sich. Das tut sie ständig. Wir verändern uns mit ihr. Das haben wir schon in der Schule mit einem lateinischen Merkvers gelernt. Neu aber – um nicht zu sagen: beängstigend – ist das Tempo, in dem diese Veränderungen heute erfolgen. Wenn in diesem Zusammenhang von einer „Dynamisierung aller Lebensabläufe“ gesprochen oder das Bild vom „reißenden Strom“ verwandt wird, der vertraute Orientierungspunkte mit sich reißt, bleibt zu fragen: Was können Kultur, Geschichtsbewußtsein und Religion in Zeiten neuer Unübersichtlichkeiten bewirken?

Als Historiker bin ich weder raunder Beschwörer der Vergangenheit noch prophetischer Künder zukünftiger Entwicklungen. Auch gibt meine Wissenschaft mir nicht das Instrumentarium an die Hand, um die Frage nach dem Sinn der Geschichte zu beantworten. Der Historiker ist für die immanente, nicht für die transzendenten Seite des Seins zuständig (K. Repgen). Es geht ihm lediglich darum, Veränderungen in Raum und Zeit zu beschreiben und aus diesen Beobachtungen Schlüsse zu ziehen. Und das tut der Historiker, bei aller Skepsis gegenüber der Lernbereitschaft der Menschen, doch in der schon von Thukydides formulierten Überzeugung, daß klare Erkenntnis des Gewesenen nützliches Wissen auch für das Künftige bereitstelle, „das wieder einmal, nach der menschlichen Natur, gleich oder ähnlich sein wird“.

Ich beginne mit der Religion, über die scheinbar schon alles gesagt worden ist. Die Erfahrung zeigt: In einer pluralistischen Gesellschaft werden auch Weltanschauungen individualisiert. Zwangsläufige Folge ist eine nachlassende Bindekraft der Religion. Insoweit Religion in unserem abendländischen Kulturkreis mit den christlichen Kirchen gleichzusetzen ist, unterliegen diese seit dem 18. Jahrhundert einem schleichenden Säkularisierungsprozeß, der sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch beschleunigt und in den ostdeutschen Bundesländern inzwischen zu flächendeckender Entchristlichung geführt hat. Zwar versichern uns die Religionssoziologen, daß die Frage nach dem Sinn des Lebens unverändert lebhaft gestellt werde, aber die zaghaft angebotenen Antworten der Kirchen stoßen nur auf geringes Interesse. Andererseits sind in den abschmelzenden kirchlichen Milieus ein Hang zur Selbstgenügsamkeit oder eine Flucht in fundamentalistische Positionen zu erkennen. Letztere begegnen uns weit stärker noch im Islam der Gegenwart, und sie breiten sich in den liberalen westlichen Gesellschaften ziemlich ungehindert aus. Allem Anschein nach bleibt das Christentum zwar bedeutsam als kulturelle oder überkonfessionelle Richtschnur, aber es kann sich zunehmend weniger auf religiöses Brauchtum und das Korsett volkskirchlicher Strukturen stützen. Religion behält eine gewisse Warnfunktion bei ethischen Grundentscheidungen der Politik; im Alltagsleben der Menschen geht ihre Bedeutung trotz gegenläufiger Meinungsumfragen weiter zurück. In der deutschen Gesellschaft scheint ein pragmatischer Rationalismus vorzuherrschen, der den Sinnbezug in das Diesseits verlegt und dessen augenscheinliche Schwäche in einem Verzicht auf visionäre politische Ziele besteht („durchwursteln“). Für unsere Fragestellung bedeutet das: Religion kann in der säkularisierten Gesellschaft Europas die von ihr erwartete Orientierung offenkundig nicht mehr allein leisten.

Mit dem Rückgang weltanschaulicher Überzeugungen in breiten Bevölkerungsschichten erodiert aber auch das Wählerpotential der Volksparteien,

namentlich der christlichen. Die Union könnte darauf reagieren, indem sie sich opportunistisch an jeweilige Mehrheitstrends anpaßte. Sie könnte sich radikalisieren, um das rechte Wählerspektrum zurückzugewinnen; beides wäre mit ihrem Charakter als Christliche Volkspartei unvereinbar. Wie aber ist einer wachsenden Verunsicherung in der Wählerschaft zu begegnen? Wie sind Stimmenverluste vom Ausmaß der Sachsenwahl (in allerdings wenig gefestigter Wählerlandschaft) zu verhindern oder zumindest einzugrenzen? Welche Identifikationsangebote können einer verunsicherten und orientierungsbedürftigen Bevölkerung gemacht werden? Das führt zu der Frage: Kann eine Stärkung des allgemeinen Geschichtsbewußtseins der nachlassenden weltanschaulichen Bindekraft entgegenwirken und einen festen Halt bieten „in der Erscheinungen Flucht“?

Kultur und Geschichte hängen untrennbar miteinander zusammen, ja „Geschichte ist“, Johan Huizingas bekanntem Wort zufolge, „die geistige Form, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft gibt“. Nun lebten unsere Vorfahren weit selbstverständlicher in der Vergangenheit als wir: Sie stand ihnen als handlungsleitende Tradition vor Augen. Die mit der Aufklärung einsetzende „Entzauberung der Welt“ (M. Weber) hat dies radikal verändert. „Der Mensch tritt aus dem Griff und der Macht der Tradition“ heraus. Vergangenheit „ist nicht mehr die *gegenwärtige Tradition*, sondern ist die *gewesene Geschichte*“ (Th. Nipperdey).

Damit geschieht aber, wie Thomas Nipperdey gezeigt hat, etwas Merkwürdiges: Indem die Welt als geschichtlich begriffen wird, als geworden, als veränderlich und damit auch als veränderbar, gewinnt die Geschichte an Bedeutung. Man befragt die Geschichte, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu erleuchten. Geschichte als Wissenschaft wird zur Lebensmacht – in diesem Sinne war das deutsche 19. Jahrhundert ein Jahrhundert der Historiker, was nicht wenigen von ihnen zu Kopf gestiegen ist.

Diese „Herrschaft des Historismus“ ist nach dem Zweiten Weltkrieg in die Kritik geraten; der Historismus schien namentlich durch seine enge Bezugshypothese auf den nationalen Machtstaat diskreditiert. Es waren linke, nach eigenem Urteil „kritische“ Historiker, die ihn verdammten, um gleichzeitig ihr Verständnis von Geschichte als historischer Sozialwissenschaft zu propagieren. Ein durch den Nationalsozialismus gestörtes Verhältnis zum Bismarckschen Nationalstaat stand dabei Pate, zumindest bis 1990. Auswirkungen sind jedoch bis in die aktuelle Politik zu vernehmen.

Aber seltsam: Die von der Geschichtsverdrossenheit am meisten profitierende politische Kraft hat als erste und bis heute einzige Partei in Deutschland die Bedeutung des Geschichtsbewußtseins für die allgemeine politische Orientierung und die Ausbildung einer parteipolitisch genehmen Gesinnung erkannt. Sozialdemokraten wissen anscheinend besser als Konservative und Liberale, daß Revolutionen zunächst in den Köpfen stattfinden. Keine andere Partei in Deutschland versteht es mit gleicher Meisterschaft, und zwar mit Hilfe der Netzwerke einer beim Parteivorstand angesiedelten Historischen Kommission, durch kluge Gremienarbeit, wohlüberlegte Personalpolitik und gezielte Nachwuchsförderung ihre historischen und politischen Vorstellungen in der Gesellschaft zu verbreiten, übrigens bis in die Ausstellungen und Schulbücher hinein. Hintergrund ist dabei stets die „schuldbeladene“ NS-Vergangenheit, für die jedenfalls nicht den Sozialdemokraten die Verantwortung zugeschrieben wird.

Diese so angelegentlich gepflegte Geschichtspolitik ist von der Einsicht geleitet, daß „Geschichtsbilder“, also kollektive, zusammenhängende Vorstellungen von historischen Entwicklungen, in Verknüpfung mit der augenblicklichen Befindlichkeit der Menschen dem raschen Lauf der Zeit Kontinuität und damit einen „Sinn“ geben. Dieser „Sinn“ macht es möglich, sich in der Gegenwart zu orientieren, auch politisch zu orientieren, und einen Standpunkt zu finden, von dem aus die Zukunft in den Blick genommen

werden kann. Darum ist es für politische Parteien so wichtig, auf die Weckung und Formung dieses „Sinns“ Einfluß zu nehmen.

Mit anderen Worten: Unser Geschichtsbewußtsein besteht aus Geschichtsbildern. Diese beziehen sich auf Vergangenheit, verknüpfen diese mit der Gegenwart und gewinnen daraus eine Zukunftsperspektive. So stiften Geschichtsbilder ein kollektives kulturelles und politisches Selbstverständnis, das die Generationen übergreift und als allgemeiner Orientierungsrahmen für die Entscheidungen des Einzelnen wie der Gemeinschaft dient. Weil die Geschichtsbilder im Gefühlshaushalt des Menschen tief verankert sind, besitzen sie Kraft und Dauerhaftigkeit. Sie gehören zu den Fundamenten von Gruppenidentitäten, und zwar über den engen familiären, regionalen und selbst nationalen Wirkungskreis hinaus (K.-E. Jeismann). Sie sind, mit Thomas Luckmann zu sprechen, wichtige Faktoren der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“.

Geschichtsbilder sind gegen Zweifel, auch solche wissenschaftlicher Art, weitgehend resistent, aber (wie Vorurteile) „süchtig nach Bestätigung“. Sie können sich zu wirkmächtigen Vorstellungen verdichten und sind, wie namentlich Diktatoren wissen, „instrumentalisierbar für politische Zwecke“. Darin gleichen sie Mythen, aber anders als der Mythos beanspruchen sie historische Faktizität (Jeismann). Aus der tatsächlichen oder behaupteten Faktizität bildet sich ein gesellschaftliches Selbstbewußtsein eigener Art. Und eben darum, ich wiederhole es, ist es politisch höchst nützlich, gerade zu Zeiten einer Orientierungskrise auf die Entstehung und Ausformung von Geschichtsbildern Einfluß zu nehmen. Das Desaster der Sachsenwahl vor Augen, hat der Kommentator einer großen Tageszeitung kürzlich gemeint: „Pragmatismus, Nüchternheit und überzeugende Sachpolitik müssen sich paaren mit historisch fundierter Verheißung. Ohne überwölbende Idee wissen die Leute nicht, wofür sie Veränderungen und Zumutungen ertragen

sollen“. Die Union, überhaupt das sogenannte bürgerliche Lager, haben dies noch nicht zureichend erkannt. Zumindest handeln sie nicht danach.

Wie schon der Plural „Geschichtsbilder“ zeigt, treten sie nicht in der Einzahl auf; es gibt unterschiedliche, ja antagonistische. „Verschiedene Gemeinschaften mit unterschiedlichen Erfahrungen, Interessen und Hoffnungen produzieren und tradieren spezifische Geschichtsbilder, die miteinander in Konkurrenz oder Streit treten können, da sie realgeschichtliche Kontroversen mentalgeschichtlich reproduzieren und überhöhen“ (Jeismann). Die sowohl konfessionell wie sozial gespaltene Gesellschaft des Deutschen Kaiserreiches bietet hierfür lehrreiche Beispiele. Solche Geschichtsbilder können für ihre jeweilige Klientel Orientierungsmerke, aber auch Irrlicht sein, letzteres dann, wenn die Gesellschaft es nicht mehr vermag, konkurrierende Geschichtsbilder in einem umfassenden Konsens der Gegenwartsdeutung und der Zukunftserwartungen zusammenzuführen. Dies ist im Hohenzollernreich, mit allerdings katastrophalem Ausgang, unter dem Dach eines gemeinsamen Nationalismus gelungen.

Aus dem verlorenen Ersten Weltkrieg die nötigen Lehren zu ziehen haben die meisten Deutschen jedoch nach 1918 versäumt; sie blieben in kumulativer Realitätsverweigerung und gekränktem Nationalstolz befangen und mußten dafür 1945 einen hohen Preis entrichten. Erst die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik bietet ein gegenteiliges Beispiel, vielleicht weil sich ihr Gründungskanzler von dem Wort leiten ließ: „Man kann nach meiner Auffassung nicht in der Zukunft gut wirken, wenn man nicht aus der Vergangenheit lernt und das aus der Vergangenheit mit sich nimmt, was wert ist, mitgenommen zu werden!“

Ob das wiedervereinigte Deutschland seine durch mehr als 40 Jahre getrennten Geschichtsbilder wird zusammenführen und für die Lösung der anstehenden Grundfragen der Gesellschaft wird nutzen können, dürfte auch von den Identifikationsangeboten abhängen, die der Bevölkerung gemacht

werden. Die Unionsparteien wären gut beraten, hier das Feld nicht dem politischen Gegner zu überlassen und die (mittelfristige) Wirkung politisch unterfütterter Geschichtsbilder nicht zu unterschätzen. Wie die angloamerikanische Diskussion (Diamond, Fukuyama, Huntington, Kennedy u.a.) in den Geisteswissenschaften seit zwei Jahrzehnten zeigt, sind Gesellschaftsentwürfe denkbar, die in der Verbindung von historischer Gesamtdeutung und Zukunftsprognose der fragmentierten und radikalisierten modernen Gesellschaft ein mögliches Gegenkonzept anbieten. Im Idealfall begegnen sich christliche Sinngebungs- und historische Verstehensangebote. ■

Dem reißenden Strom entkommen

Neue Beurteilungsgrundlagen und
Steuerungspotentiale in einer dynamisierten Welt

Roman Herzog fragt: „Wie müssen die modernen westlichen Gesellschaften organisiert werden, damit die Problemlösungskapazität, über die sie verfügen, groß genug ist und rasch genug eingesetzt werden kann, um mit den Umstürzen der heutigen Welt fertig zu werden?“ Wie können wir neue Beurteilungsgrundlagen und Steuerungspotentiale für politisches Handeln vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungs-, Beschleunigungs-, und Modernisierungsprozesse konkret gewinnen? Welche Institutionen und Strukturen müssen gestärkt werden? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die politischen Parteien? Wenn supranationale Strukturen zu den Lösungsmechanismen für die Probleme einer dynamisierten Gesell-

schaft gehören, wie sind diese Strukturen herzustellen und zu stärken? Was bedeutet dies konkret für die europäische Union?

Dem reißenden Strom entkommen

Neue Beurteilungsgrundlagen und Steuerungspotentiale in einer dynamisierten Welt

Beitrag von Rupert Scholz

Die wachsende Globalisierung und Dynamisierung haben gezeigt, dass wir nicht über die institutionellen Voraussetzungen verfügen, um mit diesen Herausforderungen zukunftsfähig umzugehen. Diese Krise der Institutionen findet sich in einem Umfeld wieder, welches in allen gesellschaftlichen Bereichen von einem steten Wandel und einer außerordentlichen Fragilität gekennzeichnet ist. Dagegen steht die große Vision eines Weltstaates mit einem mehr oder weniger einheitlichen Weltrecht als institutioneller Grundlage. Diese Vision ist eine Utopie, war eine Utopie und wird immer eine Utopie bleiben. Der Ruf nach einer übergreifenden, nach einer integralen Werteordnung, einem entsprechenden Grundwerteverständnis allgemeiner Art wird dennoch auf internationaler Ebene sicherlich größer – wenn man einmal davon absieht, den großen Erfolg und Fortschritt zu ignorieren, dass man sich noch auf einen Menschenrechtskanon verständigt hat und dieser Menschenrechtskanon inzwischen von der Charta der Vereinten Nationen bis hin in viele andere Bereiche ja durchaus zunehmend normative Substanz gewonnen hat. Das sind große Fortschritte, das muss man sehr klar sehen und anerkennen. Zumal die Durchsetzung dieser Menschenrechte ja auch dazu geführt hat, dass man überzogene nationale Souveränitätsansprüche relativiert hat. Wir können heute „nur“ noch – und das 'nur' ist ganz bewusst in Anführungsstriche zu setzen – von einer relativierten Souveränität der Nationalstaaten sprechen. Das Prinzip militärischer und humanitärer Interventionen in Bürgerkriegssituationen stellt et-

was fundamental Neues dar und ist dem klassischen Völkerrecht absolut unbekannt gewesen. Auch das ist mit Sicherheit etwas, was man als Fortschritt mit großen Chancen begreifen muss. Dennoch wächst meiner Ansicht nach die Wahrscheinlichkeit für das von Samuel Huntington in seinem Buch „Der Kampf der Kulturen“ beschriebene Szenario. Gemeinsame Grundwerte bedingen unverzichtbar eine offene und freiheitliche Zivilgesellschaft. Auf globaler Ebene ist das aber noch längst nicht erreicht und wird, wie ich denke, auch vorerst nicht erreichbar sein. Die Vorstellung einer solchen freiheitlichen und demokratischen Zivilgesellschaft beschränkt sich mit Sicherheit noch für sehr lange Zeit auf die westliche Welt und ihre Werteordnung, ihre Gesellschaftsstruktur. Gerade deshalb ist die Vorstellung einer postnationalen Weltgesellschaft utopisch und wird mit Sicherheit utopisch bleiben. Grundwerte, vor allem kombiniert mit dem Kanon der Menschenrechte, sind die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille sind aber Interessen. Politik orientiert sich bekanntlich zunächst an Interessen und dann an Grundwerten. Ich denke, dass hier jedenfalls ein gemeinsamer Kanon gegeben ist.

Nun lässt sich fragen, woraus bestehen die Grundinteressen, die teilweise sogar identisch mit Grundwerten sein können: Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Ganz unabhängig von den unterschiedlichen gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Strukturen sind das sicher die dominierenden Grundinteressen aller Völker in der Welt. Schon beim Demokratiepostulat jedoch gilt es, Einschränkungen zu sehen. Aus westlicher Sicht geht man zwar anhaltend davon aus, dass die Welt demokratisch sein muss. Ich glaube hingegen, dass man das in der westlichen Welt gewachsene und unser Selbstverständnis maßgebend bestimmende Demokratiepostulat nicht so undifferenziert zum weltweiten Postulat erheben kann. Aber die Sicherung des Friedens und des Wohlstands ist mit Sicherheit ein dominierendes Grundprinzip, auf das man sich weltweit als Beurteilungsgrundlage beziehen kann.

Welche Steuerungsmechanismen gilt es nun dafür zu entwickeln? Der klassische Nationalstaat basiert auf der territorialen Verbundenheit eines bestimmten, nicht nur real zusammenlebenden, sondern auch entsprechend konstituierten Staatsvolkes. Die politische Steuerungsfähigkeit dieses klassischen Nationalstaates weicht aber im Zuge der Globalisierung immer mehr internationalen und supranationalen Regelungs- und Gestaltungszusammenhängen.

Die Globalisierung vollzieht sich vor allem und zunächst auf ökonomischer Ebene. Dabei entwickelt sie aus den ursprünglichen Gefügeprinzipien national verfasster, steuerungspolitisch damit autarker Volkswirtschaften im klassischen Sinne der Nationalökonomie, mehr oder weniger inter- oder supranational verfasste, entstaatlichte Marktwirtschaften. Die Märkte werden dadurch immer internationaler. Nationale Staatlichkeit, nationale Steuerungsstrukturen treten immer mehr zurück oder sie geraten zumindest immer stärker in den Sog einer grenzüberschreitenden, wenn nicht überhaupt einer Grenzen negierenden Nachfrage nach möglichst optimalen Standortbedingungen. Vor allem die hohe Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital, Wissen und Information macht vor nationalen Grenzen nicht mehr Halt. Diese Prozesse sind im Grundsatz natürlich nichts Neues, wenn man von der immer höher werdenden Dynamik, bedingt vor allem durch die wachsenden technologischen Entwicklungsmöglichkeiten, einmal absieht. Neu und deshalb problematisierungsbedürftig ist aber die sich immer weiter öffnende Schere zwischen den genannten Produktionsfaktoren Kapital, Wissen, Information einerseits und dem nicht vergleichbar nachfolgenden Produktionsfaktor Arbeit. Arbeit ist nach wie vor an den Menschen gebunden. Und Arbeit bleibt damit prinzipiell den national verfassten Inlands- und Binnengesellschaften verhaftet. Damit öffnet sich aber immer weiter die Schere zwischen inter- und supranationalen Wirtschaftsordnungen einerseits und prinzipiell national verfassten Arbeits- und Sozialordnungen andererseits. Wenn man es anders ausdrückt – der hier rechtlich

wie volkswirtschaftlich vorgegebene Systemzusammenhang von Wirtschaftsverfassung sowie Arbeits- und Sozialverfassung bricht immer stärker auf und begründet massiv wachsende gesellschaftspolitische Gestaltungs- und Steuerungsdefizite. Die heutigen Probleme unseres Sozialstaates sind aus meiner Sicht ein klassisches Beispiel dafür.

Internationalisierung und Supranationalisierung bestimmen zunehmend die politische Steuerung. Deutlich ablesbar ist diese Tendenz auch im Verschwimmen der Unterschiede von Innen- und Außenpolitik sowie von Innen- und Sicherheitspolitik bei einer wachsenden Vernetzung von internationalem – also Völkerrecht – und nationalem Recht und der zunehmenden Überlagerung monozentraler Entscheidungsprozesse durch solche polyzentraler Art. Mit den Prozessen der Globalisierung korrespondieren auf der anderen Seite Prozesse wachsender Regionalisierung. Den Menschen wird die Welt zu groß. Sie suchen immer mehr nach überschaubaren Einheiten und natürlich nach Heimat. Es ist kein Zufall, dass Europa in der Zeit der europäischen Einigung dennoch über mehr Nationalstaaten als jemals zuvor in der europäischen Geschichte verfügt. Es zeigt deutlich die unterschiedlichen Entwicklungsstränge, die sich hier wechselseitig schneiden. Globalisierung und Regionalisierung sind zwei ganz gegenläufige Tendenzen. In der klassischen Vorstellung kennen wir den Nationalstaat mit seiner nationalen Rechtsordnung, seinen nationalen Steuerungsmechanismen und seiner Innenpolitik. Auf der anderen Seite steht in dieser Vorstellung die Außenpolitik und damit das Recht der internationalen Beziehungen – das Völkerrecht. Das sind die klassischen Grundkomponenten, die auch heute noch vielfältig maßgebend sind, aber alleine inzwischen nicht mehr funktionieren.

Zur Globalisierung und Regionalisierung ist eine dritte Kategorie hinzgetreten, die buchstäblich dazwischen liegt. Es ist nicht die Internationalisierung, sondern die Supranationalisierung. Der europäische Einigungsprozess

macht das in besonderer Weise deutlich. Unter dem Dach von supranationalen Institutionen werden Internationalisierung, Außenpolitik, Völkerrecht auf der einen Seite und Innenpolitik, nationales Recht, nationale Rechtshoheiten zusammengeführt. Die Supranationalität hat mit Sicherheit das Bild des klassischen Nationalstaates und seiner Steuerungsmechanismen weitgehend abgelöst. Das tradierte Staatsbild hat sich insofern heute relativiert. „An die Stelle des tradierten Staatsbildes ausschließlich verfassungs- und rechtskompetenter Nationalstaaten“, wie Stefan Hobe es beschreibt, „tritt immer mehr das Bild eines Staates im verdichteten Kooperationsgeflecht.“ Oder, wie er weiter ausführt: „Wenn die Kernidee des modernen Staates die territorial definierte Souveränität ist, so muss heute vom Verlust der territorialen Radizierung ausgegangen werden, müssen die Kooperationszwänge im offenen Verbundstaat aufgenommen und anerkannt werden.“ Mit der Konsequenz einer gewissen, „Verselbständigung des Politischen als Fundament einer modernen Staatsidee“ (Udo di Fabio). Das Politische ist zwar der Staat, Staatlichkeit ist immer politisch, aber hier tritt ein Prozess der Entstaatlichung ein, obwohl das Politische bleibt. Und das führt dazu, dass man nach neuen institutionellen Wegen suchen muss.

Ich glaube, dass hier wiederum der Aspekt der Supranationalisierung den Staat im modernen Geflecht von Verbundstaatlichkeiten oder Staatenverbünden neu bestimmt. Die vertrauten Begriffe selbst treten in diese Dynamik ein. So ist die Europäische Union längst kein Bundesstaat und vermutlich wird sie es auch nie, aber sie ist auch längst kein Staatenbund mehr („Staatenverbund“ – Bundesverfassungsgericht). Denn Staatenbünde sind völkerrechtlich begründete Institutionen. Die Europäische Union ist längst qua Supranationalität und Schaffung supranationaler Institutionen von eigenständiger Qualität in eine andere Dimension vorgerückt. Ich denke, dass dies ein auch über Europa hinaus institutioneller Grundansatz ist, der für die Zukunft durchaus relevant sein wird.

Es geht also auch darum, nach Ansätzen institutionell supranationaler Steuerungsfähigkeiten und Steuerungsmöglichkeiten zu suchen. Maßgebend ist dabei das bereits angesprochene und weiterzuentwickelnde Konzept der Verbundstaatlichkeiten. Dieses Konzept basiert auf Kooperation, Integration, Assoziation und wechselseitiger Souveränitätsbeschränkung bis hin zur Schaffung supranationaler Einrichtungen und Institutionen, wie es auf der europäischen Ebene zu verfolgen ist. Mit Sicherheit werden auch die Vereinten Nationen, wenn sie noch in der Zukunft bestehen wollen, verstärkt supranationale steuerungsinstitutionelle Möglichkeiten aufnehmen müssen. Die weitere Entwicklung und der Ausbau solcher institutionellen supranationalen Steuerungssysteme und deren dann auch notwendig verfassungsrechtliche Grundlegung bedingen natürlich eine gleichzeitige Öffnung der staatlich-nationalen Gesellschaften und ihrer politischen Systeme. Wie abhängig die nationalen Gesellschaften von solchen Integrationsprozessen geworden sind, können wir in der Europäischen Union deutlich verfolgen. Am Beispiel der Europäischen Verfassung, gegen die man sicher auch viele Vorbehalte formulieren kann, lässt sich etwas ganz Neues beobachten: Eine Verfassungsgebung, die nicht von einem nationalen Verfassungssouverän erfolgt, sondern die über einen völkerrechtlichen Vertrag vollzogen werden soll. Ein Verfassungsvertrag, der mehr oder weniger dazu dient, supranationalen Institutionen eine konstitutionelle oder vielleicht quasi-konstitutionelle Legitimation zu vermitteln. Dieser Unterschied berührt mit Sicherheit einen ganz entscheidenden Punkt; denn Akzeptanz und damit auch politische Legitimität müssen sich natürlich nach innen, in die einzelnen Staaten, in die einzelnen Gesellschaften hinein fortpflanzen. Wenn nun davon gesprochen wird, man müsste diese Europäische Verfassung einer Volksabstimmung möglichst aller europäischen Unionsbürger unterstellen, muss man sehen, dass eben kein europäisches Staatsvolk existiert, sondern nach wie vor die europäischen Staatsvölker. Trotzdem müssen sich die nationalen Gesellschaften, ihre politischen Steuerungsmechanismen, die nationalen Träger der politischen Willensbildung verstärkt solchen supranatio-

nalen Entwicklungen öffnen. Das stellt enorme Herausforderungen, auch an die politischen Parteien.

Allzu erstarrte Partei- und auch Verbandsstrukturen, die mit einem auch in Deutschland verfestigten Korporatismus eher zur Aushöhlung des gewaltenteilenden Regierungssystems beitragen, müssen sich diesen Veränderungen stellen. Sicherlich bringt diese Europäische Verfassung einen großen Fortschritt, da das Europäische Parlament – künftig demokratisch unterfüttert und legitimiert – Gesetzgebungsbefugnis erhalten wird. Wenn man sich jedoch dieses Europäische Parlament aus der Perspektive der Parteien ansieht, findet man nichts anderes als die Fortsetzung nationaler Parteien und nationaler Politik: Europawahlen werden unter nationalem Vorzeichen geführt. Die Parteien im Europäischen Parlament finden sich zwar zu Fraktionen zusammen, bleiben aber nationale Parteien. Ebenso wenig wie es keine europäischen Parteien gibt, existieren auch keine europäischen Programme oder Politikprofile. Um langfristig eine wirkliche europäische und damit supranationale Identität zu entwickeln, die das politische Bewusstsein des einzelnen Unionsbürgers erreicht, müsste diese Beschränkung überwunden werden.

Der einzelne Unionsbürger muss dahin kommen, dass er sich in seiner konstitutionellen Identität als Staatsbürger gleichsam doppelt versteht: auf der einen Seite in seiner Identität als Staatsbürger seines Landes und zweitens in der konstitutionellen Identität auch als Unionsbürger. Das wird viel Zeit in Anspruch nehmen, aber die politischen Parteien sind hier meines Erachtens ganz entscheidend gefordert. So, wie die politischen Parteien heute noch aufgestellt sind, ist von dieser Einsicht noch wenig zu spüren begriffen, geschweige denn ins Werk gesetzt worden.

Alle diese Prozesse fordern ein hohes Maß an Bürgernähe. Die Forderung nach kleinen Einheiten führt unverzichtbar zum Subsidiaritätsprinzip. Als Konsequenz für die demokratische Artikulation dabei jedoch nach Plebiszi-

ten zu rufen, halte ich nach wie vor für keine Zukunftsperspektive. Das Plebisit ist meines Erachtens eine Chimäre. Wenn Plebisite von den Sozialdemokraten und den Grünen im Zusammenhang mit der Europäischen Verfassung oder mit dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union wieder reklamiert werden, dann sind das politische Alibiübungen. Die repräsentative, die parlamentarische Demokratie ist und bleibt auch für die Zukunft das immer noch beste und tragfähige System. Sicher wird sich natürlich auch hier vieles verändern müssen. Da dieses System der parlamentarischen repräsentativen Demokratie nur parteienstaatliche Demokratie sein kann, sind die Parteien gefordert. Die Parteien müssen sich öffnen, die Parteien müssen auch über manche Dominanz rein nationaler Politiken hinausgelangen. Wir müssen weg von der Nabelschau. Die Geschichte unserer politischen Parteien – gerade die Geschichte der Union und auch die SPD nach dem Godesberger Programm – mit ihrem Weg zu Volksparteien stellt mit Sicherheit eine große Leistung dar. Die Konstruktion der Volkspartei mit ihrer Offenheit, die in dem Begriff der Volkspartei liegt, bietet auch in der Zukunft enorme Chancen für Stabilität und wirkliche gesellschaftspolitische Integration. Nur darf diese Konstruktion nicht völlig verblassen und sich zum schlichten Wählerverein verwässern. Das wäre ein Rückschritt. Ich glaube, dass beide großen Parteien aber im Moment vor der Gefahr stehen, in einer solchen Rückkehr zum Wählerverein ein wenig zu verlieren. Es wäre tragisch, wenn das so passieren würde.

Zusammenfassend sind zwei Entwicklungsstränge zu beobachten: auf der einen Seite die Bildung kleinerer Einheiten im Sinne der Regionalisierung und auf der anderen Seite der Zusammenschluss zu größeren Einheiten im Zuge der Bildung von Supranationalität. Die Schnittlinien sind scheinbar völlig unterschiedlich. Meines Erachtens sind es aber gar nicht gegensätzliche, sondern sogar notwendig komplementäre Entwicklungsstränge. Möglicherweise könnten sich in diesem internationalen Prozess fünfzehn oder

sechzehn Regionen herausbilden, und zeitgleich aber auch regionalpolitische Ansätze vorangetrieben werden.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Reform unseres Föderalismus in den Blick nehmen. Durch diese Reform müssen die Länder im Sinne eines wieder mehr gelebten Subsidiaritätsprinzips, einer wieder revitalisierten Regionalpolitik gestärkt werden. Aber die Länder scheuen vor der Übernahme von mehr Verantwortung zurück, da es in der Konsequenz mehr Wettbewerb bedeutet. Auf der anderen Seite steht der Bund mit einigen sinnvollen, gerade was die supranationalen Entwicklungen betrifft, sogar notwendigen Forderungen im Hinblick auf die europäische Entwicklung. Der Bund muss in diesen Bereichen ebenso gestärkt werden. Deutschland ist auf europäischer Ebene zur halbwegs effektiven Wahrnehmung seiner eigenen Interessen nicht imstande. Die Länder sind aber nicht bereit, dies einzusehen. Die Länder wollen vielmehr noch weitergehende Rechte erhalten. Das bedeutet eine Hinwendung zu einer dezentralen Orientierung, die mit Sicherheit nicht im Sinne Deutschlands sein kann und die auch nicht im Sinne echter Supranationalität sein kann. Denn Supranationalität bedingt immer noch funktions- und wettbewerbsfähige Nationalstaaten. Hier sind Reformen notwendig. ■

Die Autoren



Professor Dr. Ulrich von Hehl

Professor für neuere und neuste Geschichte
an der Universität Leipzig



Professor Dr. Gunther Hellmann

Professor für Politikwissenschaft
an der Universität Frankfurt



Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann

Präsident der Technischen Universität München



Professor Dr. Roman Herzog

Bundespräsident a.D., Vorsitzender des Kuratoriums
der Konrad-Adenauer-Stiftung



Klaus-Peter Müller

Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG



Klaus D. Naumann

Generalinspekteur der Bundeswehr a.D.,
ehem. Vorsitzender des NATO-Militärausschusses



Professor Dr. Eberhard Schockenhoff

Professor für Moraltheologie
an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br.



Professor Dr. Rupert Scholz

Bundesverteidigungsminister a.D., Leiter des Lehrstuhls
für Öffentliches Recht an der Universität München

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung

Professor Dr. Roman Herzog, Vorsitzender
Bundespräsident a.D.

Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf
Ministerpräsident a.D.

Dr. h.c. Birgit Breuel
Ehem. Präsidentin der Treuhandanstalt

Professor Dr. Manfred Erhardt
Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Frühwald
(ruhende Mitgliedschaft)
Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung

Barbara Groth
Fernsehdirektorin beim RBB Berlin

Professor Monika Grüters MdA
Sprecherin des Vorstandes der Kulturstiftung Brandenburger Tor der
Bankgesellschaft Berlin

Professor Dr. Ulrich von Hehl
Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Leipzig

Professor Dr. Eilert Herms
Leiter des Instituts für Ethik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät
der Universität Tübingen

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann

Präsident der Technischen Universität München

Professor Dr. Horst Köhler

(ruhende Mitgliedschaft)

Bundespräsident

Präsident a.D. der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Managing Director a.D. International Monetary Fund Washington

Präsident a.D. der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Dr. Volkmar Köhler

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Paul Mikat

Präsident der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft

Klaus-Peter Müller

Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG

Klaus D. Naumann

Generalinspekteur a.D., ehem. Vorsitzender des NATO-Militärausschusses

Professor Dr. Udo Reiter

Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)

Professor Dr. Eberhard Schockenhoff

Professor für Moraltheologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br.

Professor Dr. Rupert Scholz

Leiter des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungslehre und Finanzrecht an der Universität München

Professor Dr. Dr. h.c. Volker Schumpelick

Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik, Universitätsklinikum Aachen

Ingrid Sehrbrock

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. h.c. Rudolf Seiters

Vizepräsident des Deutschen Bundestages a.D.

Professor Dr. Christoph Stölzl

Senator a. D.

Professor Dr. h.c. Dieter Stolte

Herausgeber „Die Welt“ und „Berliner Morgenpost“

Dr. h.c. Horst Teltschik

Präsident der Boeing International Corporation

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans Tietmeyer

Präsident i.R. der Deutschen Bundesbank

Professor Udo Zimmermann

Generalintendant a.D. der Deutschen Oper Berlin

Stand: Oktober 2004

